

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 1.50 M., monatlich 1.30 M., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.30 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Inzerions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen für politische und gewerkschaftliche Vereine und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., kleine Anzeigen: das letzte Buchstabe 20 Pf., (außer 2 letzte Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Dienstag, den 4. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verlagsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Verlagsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

„Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück.“

II.

Im ersten Kapitel seiner Schrift versucht Lensch den Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie zu schildern. Der deutsche Sozialismus, entwickelt er, sei allmählich allzu sehr mit jenen Vorstellungen einer „naiven Weltfremdheit“ befaßt worden, den Ideen der sogenannten „edelsten und besten Deutschen“, nämlich den Anschauungen jener bürgerlichen Denker und Dichter, deren Gedankenwelt eine frühere, ganz anders geartete, kapitalistisch und staatlich rückständige Periode gespiegelt habe. Erst die „brutale Praxis“ habe ihn darüber belehren müssen, „daß mit wohlmeinender Utopie und menschenfreundlichen Verständigungsvorschlägen nichts erreicht wird im Völkerverleben“, so liebten es die Wortführer der deutschen Sozialdemokratie, dem Bürgertum moralische Vorwürfe daraus zu machen, daß es nicht mehr an den humanitären Anschauungen Humboldts, Fichtes und Schillers festhalte; aber indem sie selber sich feurig zu ihnen bekannten, verrieten sie lediglich ihre eigene historische Rückständigkeit. „Der Gedanke der Abschaffung des Krieges und der nationalen Grenzen, Herstellung des ewigen Friedens, Selbstbestimmungsrecht der Völker, allgemeine Abrüstung und ähnliche wohlmeinende Vorstellungen, die der Anschauungswelt eines Marx fremd gegenüberstehen und für die er nur Spott hatte“, hätten bezeichnenderweise noch vor dem Kriege eine Wiederbelebung erfahren.

Eine eingehende Verichtigung dieser Darstellung ist im Rahmen dieser Buchbesprechung und in der gegenwärtigen Situation in Zeitungsartikeln nicht möglich. Nur im Vorbeigehen seien zwei Beispiele dafür erbracht, wie schematisch Lensch, der angebliche Marxinterpret, die Gedankengänge von Marx und dessen vornehmstem Mitarbeiter aufzufassen beliebt. Natürlich hat Marx — so wenig wie irgendein „Marxist“ — niemals auch nur einen Augenblick die zum gewalttätigen Austrag der dynastischen und kapitalistischen Interessengegenstände drängenden Tendenzen der heutigen Gesellschaftsordnung verkannt. Aber es ist ihm darum doch niemals eingefallen, gleich Lensch die Kapitulation der auf Erhaltung des internationalen Friedens gerichteten sozialistischen Bestrebungen vor dem Kapitalismus und Imperialismus zu schlussfolgern. So hat gerade er in der Inauguraladresse der Internationale von 1864 ausdrücklich betont, daß durch die Intrigen der Kriegsthränger „den arbeitenden Klassen die Pflicht gelehrt“ worden sei, „selber die Mythen der internationalen Staatskunst zu bemeistern, die diplomatischen Streiche ihrer Regierungen zu überwinden, ihnen nötigenfalls mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht entgegenzuarbeiten und, wenn außerstande, den Streich zu verhindern, sich zu gleichzeitiger öffentlicher Anklage zu verbinden und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts zu proklamieren, welche ebenso die Beziehungen einzelner regeln als auch die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen sein sollen“.

Hätte Kautsky das geschrieben, würde ihn Lensch grausamlich als pazifistischen Volksewandler verspottet haben! Und was schrieb Engels fast dreißig Jahre später, 1893, in seiner im „Vorwärts“ erschienenen Artikelserie „Kann Europa abrüstet?“ Nachdem er — angesichts des allgemeinen europäischen Vertrauens und einer neuen deutschen Militärvorlage — die Frage aufgeworfen: „Ist es da nicht Torheit, von Abrüstung zu reden?“, antwortet er: „Ja behaupte, die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich.“

Lensch's Darstellung des „wirklichen“ Marxismus ist also nichts als eine ganz einseitige und gewalttätige Konstruktion, die nichts beweist als sein krampfhaftes Bemühen, seinen völlig unsozialistischen Sozialimperialismus für das legitime Kind des Marxismus auszugeben.

Da die allzu künstlichen Interpretationsversuche des „echten“ Marxismus aber wohl Lensch selbst nicht zur Begründung seiner neuen „sozialistischen“ Theorie auszureichen scheinen, bedient er sich im Verlauf seiner Darlegungen all jener bürgerlich-imperialistischen Argumente für die Notwendigkeit der Erringung der „Weltgeltung“, die die Sozialdemokratie aus den Propagandaschriften der Flottenvereinler und Alldeutschen so fattig kennt und — bis unmittelbar vor dem 4. August 1914 — so nachdrücklich bekämpft hat. Geradezu einen Flottenvereinler glaubt man sprechen zu hören, wenn er schreibt:

„Und je mehr nun die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges heranrückte, desto eifriger baute man an einem Wollensludschheim allgemeiner Friedenseligkeit. Da konnte es der Partei passieren, daß sie den von der englischen Bourgeoisie listig hingeworfenen Gedanken einer allgemeinen Abrüstung zur See, der natürlich nichts anderes bezweckte als Verewigung der englischen Welt Herrschaft, ernsthaft aufnahm und seine Zurückweisung durch den deutschen Reichskanzler als ein schweres deutsches Unrecht hinstellte.“

Aber, so schließt Lensch triumphierend dieses Kapitel: „Da kam der Krieg und mit ihm die Lösung.“

Das folgende Kapitel „Das Janusgesicht des 4. August“ beginnt Lensch mit einem patriotischen Dithyrambus, der

Gaenisch vor Reid über solche Hochspannung der Gefühle erlassen lassen könnte. Einige Stichproben, da wir leider die ganze Stelle aus Raum mangel nicht wiedergeben können:

„Die deutsche Sozialdemokratie, das internationalste Glied der sozialistischen Internationale, war auf einen Schlag einseitig an die Seite des bedrohten Vaterlandes getreten. Und — o holdes Wunder! — der süße Klang des Namens: Vaterland war in der Erklärung, mit der die Partei ihre Stellungnahme begründete, voll angefliegen worden. Dort stand der weiße Bolle Sag: da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Der endlose Beifall, mit dem dieser Sag im Reichstage von allen Wänden des Hauses begrüßt worden war, fand sein jubelndes Echo in Hütte und Palast...“ usw.

Schade, daß dieser „weiße Bolle“ Moment damals im Herzen von Lensch selbst ein ganz anderes Echo fand, nämlich jenes, das in dem drastischen Worte zum Ausdruck kam: „Sie haben die Eingeweide der Internationale auf den Tisch gelegt...“ Und noch im November 1914 haben wir von Lensch Worte gehört, die nach allem anderen klangen als nach einem „jubelnden Echo“.

Doch zu dieser Keinen psychologischen Unstimmigkeit kommt bei Lensch noch eine andere. Nicht nur, daß Lensch ausdrücklich zugibt, daß nach der ganzen bis vor dem Krieg eingenommenen Haltung und dem ganzen bisherigen Charakter der deutschen Sozialdemokratie die Bewilligung der Kriegskredite durch ihre Vertreter unmöglich erwartet werden konnte — er findet auch, daß die Fraktion am 4. August besser getan hätte, die Kriegskredite abzulehnen — jedoch „die zu den Regimentern eilenden Parteigenossen aufzufordern, die Pflicht (der Landesverteidigung) zu erfüllen und, wenn es sein muß, mit dem Tode zu besiegeln.“ Daß durch eine solche Haltung die Ablehnung der Kriegskredite zu einer hohlen Formsache degradiert worden wäre, empfindet Lensch indessen offenbar selbst, denn er meint dann weiter, daß die Fraktion am 2. Dezember 1914 für die Kriegskredite habe stimmen müssen. Und zwar mit der Motivierung, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Genossen anderer Länder die Partei nunmehr genötigt habe, nicht nur zu pfeifen, sondern auch den Mund zu spitzen!

Wir brauchen diesen wunderlichen Vorschlag nicht näher zu charakterisieren, da er selbst bei der „Mehrheit“ beträchtliches Kopfschütteln erregt hat. Nur die Gegenfrage sei gestattet, warum sich denn die deutsche Sozialdemokratie gerade zur Verschönerung ihres Verhaltens auf die englischen und französischen Genossen hätte beziehen müssen, statt sich umgekehrt durch die Kreditablehnung der russischen und serbischen (später auch der italienischen und jetzt selbst dreier französischer) Genossen in der guten alten sozialistischen Tradition der Kreditverweigerung bestärken zu lassen?

Aber Lensch, dessen ganze Haltung seit dem 4. August ein einziger Widerspruch ist, und dessen oben erwähnte Deduktion nicht minder von Widersprüchen strotzt, ist unerbittlich im Aufdecken der Widersprüche — anderer. So nagelt er die Haltung der Mehrheit vom 4. August folgendermaßen fest:

„Sie lehnte die Verantwortung für den Krieg ausdrücklich ab, bewilligte aber trotzdem die Kredite. Wenn das kein Widerspruch war, weshalb hatte dann die Partei im Frieden immer die Militärkredite abgelehnt? ... Entweder wies die Fraktion die Verantwortung für die Kredite zurück, dann mußte sie auch die Kredite ablehnen, oder aber sie bewilligte die Kredite, dann mußte sie auch auf jene Phrase von der „Verantwortung“ verzichten. Aus diesem inneren Widerspruch herauszukommen, ist eine der für die Partei wichtigsten Aufgaben. Die Voraussetzung dazu ist aber das offene Anerkenntnis dieses Widerspruchs, dem entzieht sich die Partei jedoch, wenn sie ihre Ablehnung der Militärkredite im Frieden als widerspruchlos, im Kriege jedoch widerspruchsvoll bezeichnet. Hier stehen für die Zukunft noch Entscheidungen bevor, die allein eine völlig einwandfreie Stellungnahme ermöglichen.“

Es kann der „Mehrheit“ selbst überlassen bleiben, sich wegen des von Lensch aufgezeigten Widerspruchs mit ihm auseinanderzusetzen. Beachtlich aber ist Lensch's eindringlicher Hinweis auf die Entscheidungen der Zukunft. Lensch hat sich damit offen den Genossen angeschlossen, die, gleich Kolb, Reus, Blos, Gaenisch und anderen, auch die Bewilligung der Militärkredite für die Friedenszeit befürworten!

Daß Lensch's ganze Auffassung dahin drängt, ergibt sich mit Notwendigkeit aus seiner ganzen Stellungnahme zu dem Problem des Krieges und des Imperialismus. Für ihn ist, wie wir schon in unserem ersten Artikel darlegten, der Krieg kein Krieg zum bloßen Schutze unserer Grenzen, unserer wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten im Sinne der Vergangenheit. Ihm ist England der Hauptfeind, dem die „Herrschaft der Meere“ entrispen werden muß. Erst durch die weltpolitische Ausweitung und Machtposition Deutschlands und seiner Verbündeten kann Deutschland, dem vorbildlichen Musterlande der militärischen und sozialen Organisation, dem Salz der Erde, diejenige Stellung errungen werden, die seiner Kulturmission für die gesamte Menschheit gebührt. Darum ist der Kampf um die deutsche Vormachtstellung auch die eigenste Sache der deutschen Arbeiter, die erst nach Erringung dieses Ziels ihren Aufstieg gesichert sehen.

Dieses Thema kann leider von der anderen Seite zurzeit in der Tagespresse nicht in dem Maße erörtert werden, wie es zur Durchleuchtung der nationallistischen Irrtümer und Krugschlüsse Lensch's notwendig wäre. Vieles von dem,

was hier zu sagen wäre, ist freilich bereits in der Kautsky'schen Besprechung der ersten Lensch-Broschüre „Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg“ in Band 33 der „Neuen Zeit“ dargelegt worden, einer Broschüre, deren Inhalt auch den wesentlichsten theoretischen Bestandteil des neuen Buches von Lensch bildet. Die Leser, die sich gründlicher über diese Fragen informieren wollen, verweisen wir auf Lensch's Buch selbst und die erwähnten Ausführungen Kautsky's in der „Neuen Zeit“.

Nur eines Kuriosums sei noch Erwähnung getan. Während Lensch, der deutsche Sozialdemokrat, die Beseitigung der englischen „Welt-“ und speziell „Seeherrschaft“ als das vornehmste und notwendigste Kriegsziel des deutschen Sozialismus bezeichnet, hat der deutsche Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solf, kürzlich, wie wir Berliner Blättern entnehmen, in Bremen eine Rede gehalten, in der er die von Lensch in so schwarzen Farben geschilderte „Seeherrschaft“ Englands erstens als ein Ding bezeichnet, das in Wirklichkeit gar nicht existiere (da England jene Beherrschung der Meere selbst heute mit den anderen Seemächten teilen müsse, bei der Ausübung seiner Herrschaft also völlig von den politischen Konstellationen der Großmächte abhängig sei), zweitens aber eine selbst starke kolonialpolitische Expansion Deutschlands für durchaus möglich erklärte ohne Entthronung der sogenannten englischen Seeherrschaft.

Lensch ist also imperialistischer und ausdehnender in seinen weltpolitischen Forderungen, als selbst der deutsche Kolonialminister. Aber dafür ist er auch ein echter „Marxist“.

Lensch spottet an einer Stelle seines Buches über politische Philosphasterei mit dem Worte Mephistos:

Der Philosoph, er tritt herein
Und beweist euch, es müßte so sein.

Wir glauben, daß der „sozialistische“ Geschichtsphilosoph Lensch selbst allzu hurtig diesem Sprüchlein gefolgt ist. Unter dem Eindruck der Ereignisse weniger Kriegsmomente hat er eine ganz neue Zeitenära heraufsteigen sehen, über deren endgültige Entwicklung er sich besser nach Abschluß der Ereignisse ein Urteil hätte bilden sollen, wenn er denn schon einmal an der Wichtigkeit der sozialistischen Erkenntnisse eines halben Jahrhunderts zweifeln zu müssen glaubte. Wer so rasch wie er politische Systeme theoretisch umzuwälzen unternimmt, läuft allzuleicht Gefahr, durch den wirklichen Gang der Ereignisse gründlich ab absurdum geführt zu werden. Und es hat allen Anschein, als ob ihm dies Schicksal nicht erspart bleiben würde.

Ein neutrales Urteil über die englisch-französische Offensive.

Im Berner „Bund“ vom 2. d. M. schreibt H. Stegemann:

Kommt nun die englisch-französische Front im Westen in Bewegung, so wird die deutsche Verteidigung zunächst mit den bereits dort vorhandenen Kräften und den als strategische Reserve dort bereitgestellten Truppen auszukommen haben. Es ist klar, daß der Ausbau der Stellungen und ihre Befestigung unter solchen Umständen in erster Linie steht, aber nach wie vor wird man sich davor hüten müssen, in diesem Kriege nur einen Materialkrieg und ein technisches Gezempel zu erblicken; immer noch sind der Mann und die Führung ausschlaggebende Faktoren. Schon die Schlacht im Styrbogen, in der die deutsche Operationsfähigkeit wieder herbeigeholt, spricht dafür, weshalb die Russen sofort zum Stellungskampfe zurückkehrten.

Daß die Front im Westen wieder in Bewegung geraten könnte, ist absolut nicht ausgeschlossen, wenn auch die Wahrscheinlichkeit für die Wiederaufnahme des Bewegungskrieges noch nicht groß ist. Zunächst wird sich die englisch-französische Offensive als typische Durchbruchschlacht äußern müssen und dazu das ganze Arsenal des technischen Krieges und die taktischen Erfahrungen der letzten zwanzig Monate heranziehen. Man glaube aber nicht, daß ein Durchbruch an dieser oder jener Stelle die deutsche Front ohne weiteres in Bewegung bringen wird. Das wäre übrigens von vornherein keineswegs gleichbedeutend mit dem Verlust des Feldzuges für die Deutschen, ebensowenig wie der Fall von Verdun, rein militärisch betrachtet, die letzte Entscheidung zugunsten der Gegenpartei in sich schloß.

Gelingt ein Durchbruch der deutschen Front im Westen, so kann er nur dann zu einer Ausrottung der deutschen Front führen, wenn er konzentrisch wirkt, also etwa wieder auf den Scheitelpunkt des Winkels Hyper-Rohon-Verdun angeordnet wird, oder an einer anderen Stelle eine so breite Lücke reißt, daß diese durch rückwärtige Stellungen nicht mehr geschlossen und der vorrückende Gegner durch flanzierende Angriffe nicht mehr gestoppt werden kann. Da die Front aber in der Tiefe so ausgestaltet ist, daß das ganze System unmittelbar auf der Grundstellung am Rhein aufliegt, so ist nicht abzusehen, wie ein solches Schicksalsgebilde mit Erfolg durchstoßen werden kann.

Der Durchbruch an sich erfordert überdies ungeheures Material und peinliches Zusammenarbeiten sowie rücksichtsloses Einsetzen der lebendigen Kräfte. Material und lebendige Kraft sind auf Seiten der Engländer zweifellos in höchstem Maße vorhanden, und an opferwilliger Angriffslust fehlt es wohl nicht. Man kann auch annehmen, daß das Zusammenarbeiten der Stäbe und der Truppenführer und der verschiedenen Waffen sich seit Neuve-Chapelle und Loos sehr vervollkommen hat, aber ob man damit der Feuerkraft und allen unvorhergesehenen Wendungen, vor allem auch den operativen Gegenmaßnahmen des Verteidigers gewachsen ist, das bleibt eine Frage, die nur durch die Offensive selbst beantwortet werden kann. Wäre die französische Armee nicht so stark bei Verdun verwickelt und dort so empfindlich geschwächt worden, wie dies unwiderprochen der Fall ist, so stände

Die englisch-französische Offensive heute jedenfalls besser da, so aber bleibt zu fragen, was die Franzosen ihr an Straß mitgeben können. Daß sie selbst starke deutsche Kräfte bei Verdun binden, ist klar, spricht aber erst mit, wenn der Gegner die denselbe Bewegungsfreiheit verliert, denn die Verteidigung von Verdun ist in die engsten Schranken verzwungen.

Ebenso wie in Belgien kommt es für den Verteidiger im Westen auf die vollkommene Beherrschung der Situation und der komplizierten Technik an. Die Beherrschung der Entwicklung ist im Westen leichter als im Osten, da es sich hier um eine einheitliche deutsche Front handelt. Die Entwicklung ist an zu viele Faktoren geknüpft, als daß in dieser Richtung verbindende Schlüsse zu ziehen wären. Die deutsche Heeresleitung hat bei ihrem Eingreifen am Eberweien, daß sie den kritischen Augenblick wahrzunehmen weiß, und sie hat bis auf den heutigen Tag stets die notwendigen Kräfte und Reserven gefunden, allen Möglichkeiten die Spitze zu bieten und selbst zum Angriff zu schreiten. Da sie die englisch-französische Offensive als endgültige betrachten dürfte, hat sie zweifellos alles getan, um dieser mit vollem Gewicht zu begegnen.

Kopenhagen, 3. Juli. (W. T. B.) „Politiken“ schreibt in einem Leitartikel: Mit dem Angriff der Engländer auf der Westfront hat der Krieg einen Punkt erreicht, der hoffentlich den Höhepunkt darstellt. So ungeheure Massen an Menschen und Material, wie sie jetzt im Westen, Süden und Osten gleichzeitig angegriffen werden, hat der Krieg bisher nicht gekannt. Es ist eine große Anspannung, die entweder Sieg oder Niederlage des Erkenntnisses bringen muß, daß der Sieg nach irgendeiner Seite unmöglich ist. Höher kann Europa kaum kommen in vernichtender Nachtschlacht, und nach den Kämpfen der nächsten Monate kommt sicher ein psychologischer Moment, durch den der zukünftige Friedensvermittler endlich die Aussicht erhält, offene Ohren zu finden. Europa ist jetzt schon auf Jahrzehnte gebrochen und geschwächt. Wenn der Krieg noch ein paar Jahre fortgesetzt wird, wird unser Weltteil wahrscheinlich vollständig entarmt und verschuldet sein, außerstande zu einem inneren Wiederaufbau, der allein uns über die Folgen des Krieges hinwegbringen kann.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 3. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Nördlich der Somme tobte die ganze Nacht hindurch ein erbitterter Kampf. Die Deutschen stießen in beständigen Gegenangriffen gegen die neuen französischen Stellungen bei Hardecourt vor, mußten aber durch das Sperrfeuer und das Infanteriefeuer, das ihnen beträchtliche Verluste zufügte, aufgehalten, in Unordnung zurückzuziehen. Zweihundert Gefangene mit sechs Offizieren blieben in unseren Händen. Die Franzosen erweiterten den gewonnenen Vorteil auf dem rechten Flügel und bemächtigten sich nach lebhaften Kämpfen des Dorfes Curly, das sie vollständig besetzten. Südlich der Somme halten die Franzosen alle gestern eroberten Stellungen und rücken im Laufe der Nacht zwischen Hardecourt und Aisevillers vor. Nach den letzten Meldungen übersteigt die Gesamtzahl der gestern von den Franzosen gefangenen Gefangenen unbestimmten Deutschen fünftausend. Zwischen Dize und Wisse nahmen die Franzosen eine deutsche Patrouille gefangen, welche sich den Linien bei Bailly zu nähern versuchte. In der Champagne unternahmen die Franzosen zahlreiche Erkundungen mehrere Erkundungsabteilungen drangen in die feindlichen Gräben ein, säuberten sie mit Handgranaten und führten fünfzehn Gefangene mit sich fort. Auf dem linken Ufer der Maas gelang es den Deutschen nordöstlich des Waldes von Abocourt in einem Angriff am Abend in vorgeschobene Grabenslücke einzudringen, ein Gegenangriff warf sie aber vollständig wieder hinaus. Auf den östlichen Abhängen des „Toten Mannes“ unternahmen die Franzosen einen vollkommen gelungenen Handstreich. Sie gelangten kämpfend in die Gräben des Gegners, töteten etwa 50 Deutsche, nahmen etwa 20 gefangen und führten auch Maschinengewehre mit sich fort. Auf dem rechten Ufer wurden mehrere Unternehmungen der Deutschen gegen das Werk Thiamont, in dem sich die Franzosen festgesetzt haben, leicht zurückgewiesen. In derselben Gegend stieß eine starke deutsche Abteilung gegen Teile der ersten Linie vor, wurde aber nach erheblichen Verlusten zurückgetrieben. Die Franzosen nahmen 18 Mann, darunter zwei Offiziere, gefangen. Westlich und südlich von Vaug war die Artillerie auf beiden Seiten sehr tätig.

Paris, 3. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Nördlich der Somme wurde der Kampf während des ganzen Tages zu unserem Vorteil in der Gegend von Hardecourt und von Curly fortgesetzt. Namentlich bei dem letztgenannten Dorf haben wir einen vom Feinde stark besetzten Steinbruch erobert. Südlich der Somme haben wir an vielen Stellen in der zweiten feindlichen Linie zwischen dem Fluß und Aisevillers Fuß gefaßt. Das Dorf Frise ist in unsere Hände gefallen, sowie der Wald Mercourt weiter östlich davon. Die Zahl der am 1. und 2. Juli von den französischen Truppen gefangenen Gefangenen unbestimmten Deutschen überschreitet nach den bisherigen Abschätzungen sechstausend Mann, darunter mindestens hundertfünfzig Offiziere. Geschütze und zahlreiche Material sind gleichfalls in unsere Besitz gefallen. Dank der sehr ausführlichen und wirksamen Vorbereitung durch unsere Artillerie, dank auch dem Eifer unserer Infanterie waren unsere Verluste sehr gering. Von der Front nördlich Verdun meldet man keine Infanterietätigkeit. Die Beschickung war andauernd sehr lebhaft in der Gegend der Höhe 304 und den Abhängen von Fleury und Dambloup.

Unsere Flugzeuge schossen drei feindliche Fesselballons in der Gegend von Verdun in Brand. Unteroffizier Chainat schoß sein fünftes deutsches Flugzeug ab, das auf dem Boden bei Peronne zerschellte. In der Nacht zum 2. Juli warf ein unserer Flugzeuggeschwader 48 Bomben auf den Bahnhof von Longuepon, 8 auf den von Diederhosen, 16 auf den von Dun an der Maas. Eine andere Fliegergruppe warf 33 Bomben auf den Bahnhof von Vieuxles. Während des 2. Juli beschossen zwölf unserer Flieger die Bahnhöfe von Amagne-Lucy mit 60 Bomben. Sie trafen das Bahnhofsgebäude und das Gleise. Ein Eisenbahnzug wurde zerstört.

Heute schossen die Deutschen einige großkalibrige Granaten in Richtung Nancy. Andere Granaten wurden etwas später in der Gegend von Velfort abgeschossen. Heute früh gegen drei warf ein feindliches Flugzeuggeschwader mehrere Bomben auf die offene Stadt Lunbville. Der Fall wurde für Vergeltungsmaßnahmen zur Kenntnis genommen.

Die englische Meldung.

London, 2. Juli. (W. T. B.) Haig meldet: Heute schwere Kämpfe zwischen Ancre und Somme, besonders bei Fricourt und La Voiselle. Fricourt, das um 2 Uhr nachmittags genommen wurde, ist in unserem Besitz. Westlich vom Dorf wurden einige Fortschritte gemacht. In der Nachbarschaft von La Voiselle leistet der Feind zähen Widerstand, aber unsere Truppen machen befriedigende Fortschritte. Eine beträchtliche Menge von Kriegsmaterial ist in unsere Hände gefallen, aber Einzelheiten liegen noch nicht vor. Auf der anderen Seite des Tales der Ancre ist die Lage unverändert. Die allgemeine Lage kann als günstig betrachtet werden. Später eingetroffene Nachrichten über die Verluste des Feindes zeigen, daß unsere ersten Schätzungen zu

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Juli 1916. (W. T. B.)

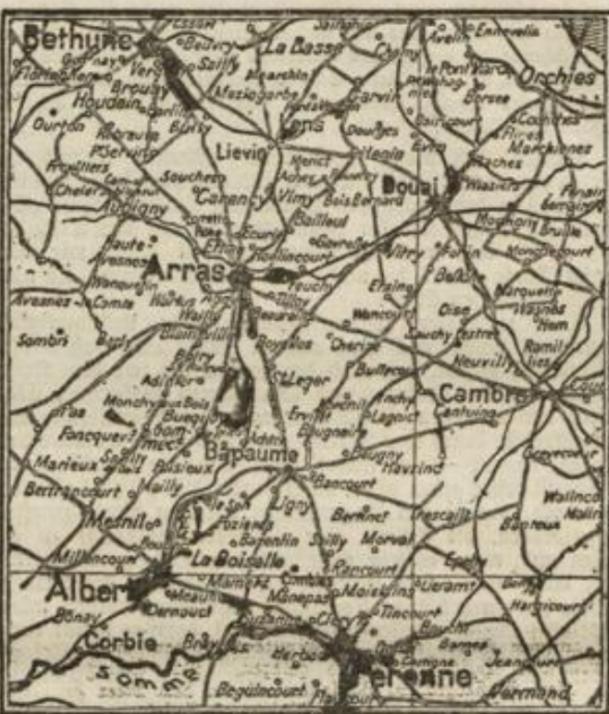
Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Fortsetzung der englisch-französischen Angriffe beiderseits der Somme erreichte nördlich des Flusses im allgemeinen keine Vorteile; der Feind erlitt hier außerordentlich hohe blutige Verluste. Südlich des Flusses bogen wir nachts die gestern in die Riegelstellung zurückgenommene Division in eine zweite Stellung zurück.

Die Gefechtsfähigkeit auf den nichtangegriffenen Armeefronten ist die gleiche geblieben.

Westlich der Maas führten Versuche der Franzosen, uns die an der Höhe 304 genommenen Grabenslücke wieder zu entreißen, zu kleineren Infanteriekämpfen. Westlich der Maas erschöpfte sich der Feind weiter in vergeblichen Angriffen gegen das Werk Thiamont und die Höhe „Kalte Erde“; bei einem derselben drang er vorübergehend in unseren vorderen Graben etwa 600 Meter südwestlich des Werkes ein, wurde aber sofort wieder geworfen. Südöstlich der Feste Vaug ist die „Hohe Batterie von Dambloup“ seit heute nacht in unserer Hand; dort wurden 100 Gefangene und mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Gegen die deutschen Stellungen im Prieferwald (nordwestlich von Pont-a-Mousson) vorgehende französische Abteilungen wurden mühelos abgewiesen.



Zur englisch-französischen Offensive

In den zahlreichen Luftkämpfen des gestrigen Tages wurden 6 feindliche Flieger abgeschossen, 4 davon in unseren Linien. Leutnant Walzer hat dabei den 7., Leutnant Parfhan den 6. Gegner außer Gefecht gesetzt. Durch Abwehrfeuer ist ein feindlicher Doppeldecker über Donai, ein anderer vorgestern östlich Verdun (Pferfront) heruntergefallen. Zwei französische Fesselballons wurden in Gegend von Verdun von unseren Fliegern abgeschossen.

niedrig gegriffen waren. Gestern waren unsere Flugzeuge sehr tätig. Sie hielten nördlich der Somme beim Angriff mit und leisteten uns bei unserem Vorgehen wertvolle Dienste. Zahlreiche feindliche Hauptquartiere und Eisenbahnnotenpunkte wurden mit Bomben angegriffen. Bei einem Ueberfall wurden unsere Begleitflugzeuge von zwanzig Holtermaschinen angegriffen. Diese wurden vertrieben. Zwei feindliche Flugzeuge stürzten zu Boden und wurden zerstört. Einige Erkundungsflüge über weite Entfernungen wurden trotz zahlreicher Versuche von feindlichen Flugzeugen, die Unternehmungen zu verhindern, ausgeführt. Drei von unseren Flugzeugen werden vermisst. Unsere Drachenballons waren den ganzen Tag in der Luft.

London, 3. Juli. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Engländer haben Fricourt genommen. Haig meldet einen beträchtlichen Fortschritt in der Nachbarschaft von Fricourt, das wir um 2 Uhr nachmittags besetzten. Bis mittag machten wir in den Kämpfen zwischen Ancre und Somme etwa 800 weitere Gefangene, was eine Gesamtsumme von 3500 Mann, einschließlich der an anderen Punkten der Front in der vergangenen Nacht gemachten Gefangenen ergibt.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 3. Juli. Amtlicher Bericht vom 2. Juli. Westfront: Die Truppen des Generals Leistikoff erkämpften nach heftigem Kampf die feindlichen Stellungen westlich Kolomea. Sie machten bis jetzt ungefähr 2000 Gefangene, die zu den in dieser Gegend abtransportierten Truppenteilen gehörten. Die Mehrzahl der Gefangenen war betrunken. An der wolkhischen Front setzt der Gegner seine erbitterten Kämpfe fort. Wir haben die Offensive der Deutschen zwischen Eber und Stochod in der Gegend der Dörfer Kobze und Kolonie Agary (18,5 Kilometer westlich von Kobze) zum Stehen gebracht. Eine Reihe feindlicher Angriffe in der Gegend südwestlich Kisielin (Jubino—Koscevo) wurden abgewiesen.

Die feindlichen Schützen und Unterstützungen wurden unter sehr schweren Verlusten für sie zum eiligen Rückzug gezwungen. Eine Menge Leute des Feindes fielen, als die Zurückgehenden, unterstützt durch vorgezogene Reserven, den Angriff wieder vortrugen, nur um wieder von neuem abgeschlagen zu werden.

Nordwestfront: An der Duna und an der Front südlich Danaburg bis zu den Pindler Sumpfen Infanteriefeuer.

Kaukasus: Westlich Platane eroberten unsere Truppen in erfolgreichem Angriff eins von den Türken besetzte Vergelte und

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Russische Torpedoboot und das Linienschiff „Slawa“ beschossen ohne Erfolg die lurländische Küste östlich von Kaggasem. Sie wurden von unseren Küstenbatterien wirkungsvoll gefaßt und von Fliegergeschwadern angegriffen. Die „Slawa“ ist getroffen.

An vielen Stellen der Armee des Generalfeldmarschalls von Hindenburg steigerte der Feind sein Feuer und unternahm mehrfach Vorstöße, die nur bei Minki (nördlich von Smorgon) zum Kampf in unseren Linien führten, aus denen der Gegner unter Einbuße von 243 Gefangenen und starken blutigen Verlusten sogleich wieder vertrieben wurde.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Russen haben nordöstlich und östlich von Goroditsche sowie beiderseits der Bahn Baranowitschi—Snow nach vielstündiger Feuertvorbereitung angegriffen. Gegen nordöstlich von Goroditsche eingedrungene Abteilungen ist der Gegenstoß im Fortschreiten, sonst ist der Feind unter Zurücklassen vieler Toten und Verwundeter zum Abziehen gezwungen worden.

Starke russische Gegenangriffe nördlich und südwestlich von Lucl konnten unser Vordringen nicht aufhalten; große Kavallerieattacken brachen häufig zusammen. Die Gefangenenzahl ist um etwa 1800 gestiegen.

Armee des Generals Grafen v. Bothmer südöstlich von Llumacz stehen unsere Truppen in günstigem Kampfe.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 3. Juli. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 3. Juli.

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bukowina nichts von Belang. Die Kämpfe bei Kolomea haben an Umfang zugenommen. Ein starker feindlicher Vorstoß westlich der Stadt ist durch Gegenangriff zum Stehen gebracht worden. Südöstlich von Llumacz, wo deutsche und österreichisch-ungarische Truppen im Gefecht stehen, brach eine in eineinhalb Kilometer Frontbreite angeordnete russische Reiter- und Infanterieabteilung zusammen. Im Räume südlich von Lucl gewann der Angriff der Verbündeten Raum. Westlich und nordwestlich von Lucl wurden heftige russische Vorstöße abgeschlagen; ebenso scheiterte eine feindliche Reiterattacke in der Gegend von Plocewa. Nordöstlich von Baranowitschi wiesen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen starke, durch heftiges Artilleriefeuer vorbereitete Angriffe ab. Die Kämpfe sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Geschütze und Minenwerfer gegen die Hochfläche von Dobberdo, namentlich gegen den Abschnitt südlich des Monte Dei-Sel-Busi hält an. Stellenweise kam es auch zu hartnäckigen Handgranatenkämpfen. Im Marmistalgebiet und an unserer Front zwischen Brenta und Gisch wurden wieder mehrere Angriffe des Feindes abgewiesen. Im Räume des Monte Interrotto brachte Leutnant Kaffer mit einer 6 Mann starken Patrouille des 1. u. 1. Landwehrlinienregiments Nr. 26 von einer gelungenen Unternehmung gegen feindliche Maschinengewehre 266 Italiener, darunter 4 Offiziere als Gefangene zurück. An anderen Stellen wurden gestern 14 Offiziere und 366 Mann gefangen genommen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

warfen den Feind über den Bach Samsune Dereisi (7); er ließ eine Menge Leichen in feinen Stellungen. Aus der Richtung Guernuschkane versuchten die Türken nach Norden vorzudringen. Unser Feuer trieb sie jedoch in ihre Ausgangsgräben zurück. Auf Waidurt vorgehend, fielen unsere Vorpostenabteilungen den Türken auf den Höhen von Barteniz (40 Kilometer südöstlich Waidurt) in den Rücken. Ohne auf das Sturmlauf Feuer zu antworten, griffen sie die letzten 100 Meter im Sturmlauf mit dem Bajonett an. Unsere Truppen zwangen die Türken, die den Gipfel besetzt hatten, zur Flucht und lehrten darauf unbefehligt in ihre Gräben zurück. Ein türkisches Flugzeug überflog Ergesum. Im Räume von Serind dauert der mit starken Kräften vorgetriebene feindliche Angriff weiter an.

Petersburg, 3. Juli. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 2. Juli abend.

Westfront: Südlich des Stochod dauern die Kämpfe auf breiter Front an. Der Feind benutzte jede Gelegenheit zu energischen Angriffen. Besonders heftig wird bei Trjstien und Kijaz (3 Kilometer östlich Trjstien), nordöstlich von Kisielin, im Räume südlich Jublin und bei dem Dorfe Wola Sabowka (11 Kilometer südöstlich Kisielin) gekämpft. In allen Gefechten wurde der Feind abgewiesen. Deutsche Truppen, die bei dem Dorfe Jublino angriffen, wurden zu fluchtartigem Rückzuge gezwungen. Wir machten Gefangene.

Nordwestfront: Nördlich der Pindler Sumpfe wird das Infanteriefeuer stellenweise lebhafter. Ein feindliches Flugzeug warf einige Bomben auf den Bahnhof Polodecans.

Schwarzes Meer: Eines unserer U-Boote versenkte in der Nähe des Vosporus einen großen Segler. Die Besatzung bestieg die Boote und wurde freigegeben.

Kaukasus: In der Gegend östlich der Stadt Waidurt nahmen unsere Truppen durch einen überraschenden Angriff eine Reihe vom Feinde besetzter Höhen; zwei Geschütze, ein Maschinengewehr und einige Bombenwerfer wurden erbeutet. Eine Menge Türken wurden bei ihrem außerordentlich hartnäckigen Widerstand im Nahkampf erstochen. Die feindlichen Verluste sind sehr schwer.

Amerikaner: In den Kämpfen bei dem Dorfe Wain, südlich Koscevo am 30. Juni legte eines unserer Bataillone Proben seiner Tapferkeit im Kampfe mit an Zahl weit überlegenen deutschen Kräften ab. Der Bataillonsführer, Hauptmann Russow, setzte sich, als er sah, daß unsere Linien durchbrochen waren, zu Pferde an die Spitze seiner Leute. Er rief sie, die ihrem Führer im Lauffschritt folgten, zum Angriff vor. Russow wurde schwer verwundet, jedoch der Leutnant Kotscherowski übernahm die Führung des so energisch vorgetragenen Angriffs. Bei der Verfolgung des Gegners stieß das Bataillon auf verdeckt liegende Reserven des Feindes in Stärke von

etwa zwei Bataillonen. Ohne dem Feinde Zeit zu lassen, sich zu besinnen, warf das Bataillon den Gegner in heftigem Bajonettangriff bis in den nahen Wald zurück. Das Gelände war mit Waffen und Feindbesitzen bedeckt. Offiziere und Mannschaften legten bei dieser Gefechtsabhandlung ganz außerordentliche Tapferkeit, Angriffsfreudigkeit und Kampfbüchtigkeit an den Tag. Der tapfere Hauptmann Ruffow erlag seinen Verwundungen. Nach noch nicht bestätigten Meldungen wurden außerdem verwundet: Russens Stellvertreter, Leutnant Stotscherowitsch, ferner die Kompagnieführer Unterleutnant Krupski, Troppeter und der Adjutant Dowbina.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 3. Juli. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 2. Juli: Zwischen Gisch und Brenta setzten unsere Truppen ihre Offensivaktion unermüdet fort. Im Brandial unternahm die Infanterie einen Angriff auf die starke feindliche Linie zwischen Jugna Larta und Pappiano. Unsere Artillerie richtete ein hartnäckiges Feuer gegen das Fort Pozzaccio. Im Pasubioabschnitt setzt der Gegner uns immer noch in seinen besetzten Stellungen auf dem Monte Epil bei Cismagnon zähen Widerstand entgegen. Auf der Front Pofina—Ardach sind wir dabei, die Eroberung des Monte Rajo zu vervollständigen; wir besetzten die südlichen Abhänge des Monte Seluggio. Feindliche Abteilungen, die im Norden von Veduggio verstanden waren, wurden angegriffen und von den Untrigen in die Flucht geschlagen. Sie ließen Waffen und Schießbedarf auf dem Gelände zurück. Auf der Höhe von Schleggen Vorpostenscharmügel auf den nördlichen Steilhängen des Val d'Asa. Auf der übrigen Front bis zum Karst kein bemerkenswertes Ereignis. Unsere Truppen eroberten im Abschnitt zwischen Selz und Ronfalcone in einem glänzenden Angriff neue Verschanzungen und nahmen dem Feind 198 Gefangene ab. Ein vom Gegner verführter Gegenangriff wurde mit sehr schweren Verlusten für ihn abgeschlagen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Marostica und auf verschiedene Ortschaften am unteren Isonzo. Menschenleben sind ihnen nicht zum Opfer gefallen, der Sachschaden ist gering. General Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 2. Juli. (B. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit: In der Front keine Veränderung. Aus Südbosnien liegt keine neue Meldung vor. Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel herrscht Ruhe. Im Zentrum dauert der brillante Artilleriekampf mit Unterbrechungen an. Auf dem linken Flügel geht unsere Offensive nördlich des Tschorol Schritt für Schritt gegen die Rüste erfolgreich weiter. Gestern besetzten unsere Verfolgungskolonnen einige neue feindliche Stellungen und erweiterten hierdurch ihr Okkupationsgebiet. Wir machten in diesem Kampf 20 Gefangene. Zwei feindliche Flieger, die den Eingang der Dardanellenmeerenge überflogen, wurden vor unserem Feuer in Richtung auf Imbros entfliehen. Sonst nichts Neues.

Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 3. Juli. (B. Z. V.) „Lloyd“ meldet aus Neoca: Der norwegische Dampfer „Solina“ hat hier die Mannschaft des Dampfers „Teano“ der Wilson-Linie an Land gesetzt. Der Dampfer „Teano“ ist von einem feindlichen Unterseeboot versenkt worden.

Bern, 3. Juli. (B. Z. V.) Wie „Temps“ meldet, wurde der französische Küstenfahrer „Saint Jacques“ vor der holländischen Küste torpediert. Keun Mann sind ertrunken.

Die Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

Le Havre, 3. Juli. (Amtliche Meldung.) Dem vom General Lombeur eingelaufenen telegraphischen Bericht aus Ostafrika zufolge fechten die belgischen Truppen den Vormarsch auf der ganzen Front fort, wobei sie den auf dem Rückzug befindlichen feindlichen Gruppen dicht auf den Fersen folgten. Am Ragerafluß sieh die Brigade Wallstor nur auf geringen Widerstand. Nachdem sie den Fluß überschritten hatte, setzte sie den Marsch in drei Kolonnen nach Osten fort und besetzte am 28. Juni Viaramulo. Am folgenden Tage griffen vorgeschobene Abteilungen einen Tagemarsch östlich von Viaramulo eine feindliche Abteilung, die aus der Gegend von Reindehuma, südwestlich von Buloba kam, in der Flanke an. Der Feind wurde geschlagen, zog sich überstürzt zurück und ließ Gefangene und einen Proviantzug zurück. Desgleichen nahmen unsere Truppen einen Speicher mit Lebensmitteln, Waffen und Munition. In der Gegend des Tanganjika-Sees lehnte der Feind unter der Bedrohung durch die Abteilungen der Brigade Olsen den Kampf ab und gab seine Stellung bei Mitca auf, die wir am 16. Juni besetzten. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Anmerkung der Agence Havas: Viaramulo, das auf einigen Karten unter dem Namen Marumungo verzeichnet steht, ist ein wichtiger Strahlennotenpunkt in der Gegend südwestlich vom Viktoriasee. Reindehuma liegt auf dem rechten Ufer des Ragera.

Bethmanns Antwort an Esasanow.

Berlin, 2. Juli. (B. Z. V.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Ruskoje Slowo“ ist der russische Minister des Aeußeren von neuem auf die Entstehungsgeschichte des Krieges zu sprechen gekommen. Die Schuld ruht nach der Entfesselung des Weltbrandes ist durch die vom Reichskanzler bei verschiedenen Gelegenheiten abgegebenen Erklärungen, sowie durch die amtlichen deutschen Veröffentlichungen so klar und unabweislich nachgewiesen, daß es überflüssig erscheint, auf diese Unterredung näher einzugehen. Nur einige Punkte der Aeußerungen des Herrn Esasanow, welche mit den Tatsachen in direktem Widerspruch stehen, seien hier richtig gestellt.

Herr Esasanow weist darauf hin, der Reichskanzler habe behauptet, daß England, Frankreich und Rußland sich durch ein Bündnis gegen Deutschland eng zusammengeschlossen hätten. Der Reichskanzler hat von einem solchen Bündnis niemals gesprochen; wie aus den Veröffentlichungen der kaiserlichen Regierung hervorgeht, sind ihr die Beziehungen, die die Ententemächte vor dem Kriege verknüpften, genau bekannt gewesen. Der Reichskanzler hat auf Grund dieser Kenntnis nur wiederholt die Tatsache festgestellt, daß diese Beziehungen die Eintretung Deutschlands zum Ziele hatten. Diese Feststellung wird durch die Aeußerungen des Herrn Esasanow nicht nur nicht widerlegt, sondern direkt bestätigt. Der Minister erklärt selbst, daß Frankreich und Rußland trotz ihrer von Grund aus friedlichen Bestimmung und ihres aufrichtigen Wunsches, ein Blutvergießen zu vermeiden, sich entschlossen hätten, die Annäherung Deutschlands niederzuschlagen. Er bestätigt ferner, daß er bei diesem Plan bestimmt auf die Unterstützung Englands gerechnet hat, und liefert durch dieses Eingeständnis einen schlagenden Beweis für die von deutscher Seite stets betonte Miltärd England als Ausbruch des Krieges.

Herr Esasanow wirft dem Reichskanzler vor, er habe sorgsam vermeiden zu wollen, daß die russische Mobilmachung nach derjenigen der österreichisch-ungarischen Armee und eines beträchtlichen Teiles der deutschen Armee erfolgt sei. Demgegenüber sei daran erinnert, daß

als am 31. Juli 1914 die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee bekanntgegeben wurde, Österreich-Ungarn nur acht nicht an der russischen Grenze garnisonierte Korps gegen Serbien mobil gemacht hatte. Daß Deutschland zu diesem Zeitpunkt bereits einen beträchtlichen Teil seiner Armee mobil gemacht habe, ist eine gänzlich aus der Luft gegriffene Behauptung. Eine Teilmobilmachung hat in Deutschland überhaupt nicht stattgefunden. Der Mobilmachungsbebefehl für die ganze deutsche Armee erging bekanntlich erst am 1. August nachmittags 5 Uhr, als Antwort auf die allgemeine russische Mobilmachung. Mobilmachungsmassnahmen irgendwelcher Art sind vorher nicht getroffen worden.

Herr Esasanow behauptet, „diese Mobilmachung“ sei durch den „Kosalanzeiger“ vorzeitig dem deutschen Volke bekannt gegeben worden. Herr Esasanow muß aus der Berichterstattung der russischen Vorkriegszeit aus Berlin bekannt sein, daß die am 30. Juli von dem genannten Blatte infolge eines Irrtums durch ein Extrablatt verbreitete falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung sofort von amtlicher Seite widerrufen wurde und daß überdies die Vorkriegszeit bereits eine Viertelstunde nach Ausgabe des Extrablattes von einem Mitglied der Redaktion des „Kosalanzeigers“ telephonisch über den Sachverhalt aufgeklärt worden ist.

Der russische Minister weicht sich nicht, dem Redakteur des „Ruskoje Slowo“ das Märchen aufzubinden, „es bestreite die feste Sicherheit, die jetzt ganz Europa habe, daß das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien unter dem unmittelbaren Einfluß eines hervorragenden deutschen Diplomaten ausgearbeitet und mit Ueberzeugung des Leiters der deutschen Politik dem Kaiser Wilhelm zur Billigung unterbreitet wurde“. Wir stellen hiermit fest, daß diese Behauptung in allen Einzelheiten frei erfunden ist und jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt.

Friedensarbeit.

In England werden Unterschriften gesammelt für eine Eingabe, die befürwortet, daß die englische Regierung die erste beste Gelegenheit ergreifen soll, um Unterhandlungen zwischen den Kriegführenden zu fördern, die einen gerechten und dauernden Frieden sichern können.

Ueber diese Eingabe schrieb Charles Roden Worton in der „Daily Post“:

„Sir Edward Grech Ausspruch zu der „Chicago Daily News“ bestätigt den durch die letzten Reden des deutschen Reichskanzlers und des britischen Premiers erhaltenen Eindruck, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien jetzt an einem Punkte angelangt sind, wo auf vernünftige Weise unterhandelt werden könnte. Möglich ist es, daß solche Verhandlungen keinen Erfolg hätten! Es kann sein, daß der Schein trügt, und die deutsche Regierung noch immer aggressive Pläne hegt, und nicht in Bedingungen einwilligen wird, die den Alliierten genügen. In diesem Falle würde der Krieg fortgesetzt werden. Andererseits ist es vielleicht möglich, daß solche Bedingungen — wie an erster Stelle die Wiederherstellung Belgiens und Nordfrankreichs — jetzt erhalten werden könnten. Wäre dieses so, so wäre es selbstverständlich unerwünscht, den Krieg fortzusetzen! Die Hauptsache ist, daß wir herausfinden, wie die Sache sich verhält, und dieses kann nur durch Unterhandlungen erreicht werden. Dies ist der Zweck der Eingabe an die Regierung, welche jetzt in allen Teilen des Landes viel unterzeichnet wird.“

Von dem Bureau von der „Peace Negotiations Committee“, 47 New Bond Street, London, das diese Eingabe veranstaltet, werden gleichfalls Flugblätter verbreitet, in denen durch Zitate aus verschiedenen Schriftstücken und Reden angezeigt wird, daß es auch in den kriegführenden Ländern auf der anderen Seite ein gleiches Verlangen nach Unterhandlungen gibt.

Der „Avanti“ über Boselli und Salandra.

Die Agenzia Stefani dementiert die Authentizität eines Interviews, das ein amerikanischer Journalist dieser Tage mit dem neuen italienischen Ministerpräsidenten Boselli gehabt haben will und von dem mehrere italienische Zeitungen Notiz genommen hatten. Der „Avanti“ nimmt in der Nummer vom 24. Juni nun auch Stellung zu dieser Angelegenheit und spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die Boselli zugeschriebenen Aeußerungen jetzt offiziell dementiert werden. Als besonders belastend hebt er folgende Sätze Bosellis aus dem angeblichen Interview hervor: 1. „das Ministerium Salandra sei das beste Ministerium, das Italien bisher gehabt habe“ und 2. „das Land habe den Fall Salandra nicht gewollt, wohl aber die Kammer, die die weitblickende Politik des großen Mannes von Lucera nicht verstanden habe“. Indem der „Avanti“ das Dementi mit Befriedigung zur Kenntnis nimmt, spricht er den Wunsch aus, der neue Ministerpräsident möge sich von folgender Ueberzeugung durchdringen: einmal, daß er kein Glück mit Interviews habe und ferner, daß Salandra fallen mußte, weil das ganze Land nichts von ihm wissen wollte, und zwar nicht erst seit gestern, sondern bereits seit langer Zeit. „Um so schlimmer für den“, — fährt der „Avanti“ fort — „der sich hierüber noch die geringsten Illusionen macht. Man wird mit jedem Tage immer mehr einsehen, daß man getäuscht worden ist und daß das Ministerium Salandra nicht vom Vertrauen des Landes, sondern lediglich von der Zensur und ihren Knechten gehalten wurde.“

Vertagung der italienischen Kammer.

Rom, 3. Juli. (B. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Die Kammer hielt am Sonntag eine Sitzung ab, in der über die vorläufigen Budgetwüstel bis zum 31. Dezember d. J. debattiert wurde. Der Kriegsminister, der Finanzminister, der Schatzminister und Ministerpräsident Boselli nahmen das Wort, um den verschiedenen Rednern zu antworten. Man nahm einstimmig eine von der Regierung angenommene Tagesordnung Luzzatti an, wonach die Regierung, solange die Gelegenheitsfälle für die Unterfertigung der Kriegsbekämpfungen nicht Geleg geworden sind, die nötigen Massnahmen zugunsten dieser Kriegsbekämpfungen zu treffen habe und die nötigen Vollmachten dazu erhalte. Eine sozialistische Tagesordnung, wonach der vorläufige Etat auf die kürzeste Zeit zu beschränkt sei, wurde auf Wunsch der Regierung abgelehnt. Die vorläufigen Budgetwüstel wurden in geheimer Abstimmung mit 317 gegen 90 Stimmen bewilligt. Die Kammer vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit für die Sommerferien.

Die Polen und ihr Verhältnis zu anderen Nationalitäten.

Die polnischen politischen Organisationen in der Schweiz, nämlich das „Polnische Vorkriegsbureau“ in Bern, die „Polnische Zentral-Organisation“ in Lausanne, der Verein „La Pologne et la guerre“ in Lausanne und das Komitee der englisch-pödischen Veröffentlichungen über Polen in Fribourg haben dem Präsidenten der Union der Nationalitäten Herrn Paul Ditlet, aus Anlaß des bevorstehenden Kongresses dieser Union gleichlautende Erklärungen zugesandt, deren wesentlicher Passus folgenden Wortlaut hat:

„In Erkenntnis des Ernstes der Zeiten, im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Bestrebungen aller in einen Strom sich ergießen zu lassen, glauben wir an der gemeinsamen Aufgabe zweckmäßig mitzuwirken, wenn wir im Namen unserer Landsleute, die sich um unsere Institution scharen, erklären:

1. Wir anerkennen das unbefristete Recht aller Völker, selbst über ihr eigenes Geschick zu entscheiden.

2. Diesen Grundgedanken treu, mögen wir nicht danach trachten und trachten auch nicht danach, daß irgendein Volk gegen seinen Willen in das künftige Polen einverleibt werde.

3. Wir sind der Ueberzeugung, daß in Ländern mit gemischter Bevölkerung die Rechte der nationalen Minoritäten strengstens geachtet werden müssen.

4. Wir erkennen an, daß auch den nicht polnischen Bürgern Polens das Vollrecht der bürgerlichen Rechte zugesprochen werden muß. Offenbar müssen auch den Polen in den anderen Staaten dieselben Rechte eingeräumt werden.

5. Wir sind entschiedene Anhänger des Grundgedankes der Gewissensfreiheit, die wir allen Konfessionen gegenüber gelten lassen wollen.

6. Wir erachten es für angemessen noch festzustellen, daß die Juden in Polen, gleichwie in allen anderen Ländern, eine volle Gleichberechtigung genießen sollen. (2)

Ein Protest russischer Sozialisten in London.

Dieser Tage fand in London eine gemeinsame Versammlung aller russischen sozialistischen Gruppen statt, die gegen die Kampagne zugunsten der Einstellung aller verbündeten Ausländer in das Heer folgende Protestresolution annahm und veröffentlichte:

„In Erwägung, daß die jüngsten Massnahmen der englischen Regierung betreffend den „freiwilligen“ Eintritt der Ausländer in die englische Armee, in Verbindung mit der Pogromagitation der englischen Presse und bestimmter Zeitungskreise, offen darauf hinauslaufen, einen drohenden Druck auf die in England lebenden russischen Emigranten auszuüben und die dunklen, unaufgeklärten Schichten der englischen Bevölkerung gegen sie aufzuheizen;

in weiterer Erwägung, daß eine solche Politik der herrschenden Kreise Englands den Boden bereitet für eine obligatorische Dienstpflicht, die sich auch auf russische Emigranten ausdehnen soll, was gleichbedeutend wäre mit der völligen Vernichtung des englischen Rechts und einer grausamen Vergewaltigung der in England lebenden russischen Emigranten.

erheben wir hier versammelten Mitglieder der russischen sozialistischen Gruppen Londons Protest gegen diese reaktionäre chauvinistische Kampagne und fordern alle Genossen auf, das Unrecht mit allen Mitteln zu verteidigen, allen Versuchen, die russischen Emigranten zum Militärdienst zu zwingen, entschiedenem Widerstand zu leisten und zur Verteidigung ihrer Rechte und Interessen eine umfassende Agitation im englischen Proletariat und in den demokratischen Gesellschaftskreisen Englands zu entfalten.“

Wir berichteten bereits, daß dieser Akt der Selbstverteidigung der russischen Flüchtlinge in England die lebhafteste Sympathie und Unterstützung unserer englischen Genossen wie auch jener bürgerlichen Demokraten gefunden hat, denen die moralische Reputation Englands als eines Asyls für Schutzlose und Verfolgte noch etwas bedeutet.

Bittschrift um Begnadigung Casements.

Rotterdam, 3. Juli. (B. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß in England und in Irland eine Bittschrift um Begnadigung Casements unterzeichnet wird.

Die Luftkriegs-Repressalien.

Berlin, 3. Juli. (B. Z. V.) Ein französischer Funkanspruch vom 28. Juni nachmittags 5 Uhr meldet folgendes:

„Die französischen Repressalien gegen die Beschädigungen offener Städte.“

Ein deutsches Radiotelegramm meldet die schreckliche Wirkung des von unseren Fliegern am 22. Juni ausgeführten Bombardements der Stadt Karlsruhe. — 257 Personen wurden getötet oder verwundet. Das Radiotelegramm brandmarkt das Verbrechen dieses Bombardements einer feindlichen offenen Stadt ohne jeden militärischen Zweck. Es muß daran erinnert werden, daß das Bombardement Karlsruhes, wie es in dem amtlichen französischen Bericht vom 22. Juni abends hieß, als Vergeltung für die deutschen Bombardements der offenen Städte Bar-le-Duc und Luneville angedeutet worden war, die ebenfalls zahlreichen Opfern — Nichtkombattanten — das Leben gekostet hatten. Wir sind entschlossen, einen Feind zu züchtigen, der keines der Kriegsgesetze respektiert. — Wir haben diese Entscheidung erst getroffen, nachdem die Zahl der von ihm begangenen Missetaten jedes Maß überstieg. Vom 3. Februar 1918 bis zum 19. Mai 1918, während welcher Zeit wir keine Stadt hinter der feindlichen Front mit Bomben belegt haben, haben die Deutschen Dörmung 5mal, Amiens 5mal, Hazebrouck 5mal, Bar-le-Duc 5mal, Epervan 5mal, Fismes 5mal, St. Dis 13mal (durch weittragende Geschütze und Flieger), Gérardmer 5mal, Luneville 5mal, Baccarat 5mal, Raon l'Etape 5mal usw. bombardiert. Wir wollen den Deutschen die Freude nicht gönnen, die Zahl ihrer Opfer kennen zu lernen, aber wir sind der Ansicht, daß unsere lange Enthaltung genügt hat, um der Welt zu zeigen, wie weit unsere Geduld geht und unser Bestreben, der friedlichen Bevölkerung die Schrecken des Krieges zu ersparen. Von unseren Gegnern gezwungen, über das Maß hinauszugehen, sind wir für die Zukunft entschlossen, unsere Haltung nach der ihrigen zu richten.“

Die französische oberste Heeresleitung, von der zweifellos dieser Funkanspruch ausgeht, hat aber vergessen, darauf aufmerksam zu machen, welche grobe Unterdrückung zwischen der Beschädigung der französischen Städte, die samt und sonders unmittelbar hinter der Front oder im Operationsgebiet liegen, durch uns und der Beschädigung Karlsruhes ist, welches weitab vom Kriegsschauplatz auf der anderen Rheinseite gelegen ist. Auch erwähnt sie nicht, daß die Franzosen seit langer Zeit völlig regel- und planmäßig die französischen Städte im deutschen Okkupationsgebiet mit Bomben angreifen.

Wie aus den inzwischen in Deutschland eingegangenen französischen Zeitungen klar zu ersehen ist, hat die französische Pressezensur weder den Abdruck des oben angeführten Funkanspruches noch eine eingehendere Besprechung des Frageantrages auf Karlsruhe in eigenen Lande gestattet. Der Grund hierfür liegt auf der Hand. Die hohe Anzahl von Toten, die dem nicht zu rechtsfertigen Angriff auf die außerhalb des Kriegsgebietes liegende, unbefestigte Stadt Karlsruhe zum Opfer gefallen sind, würde zweifellos auch auf den rechtlich denkenden Teil des französischen Volkes einen tiefen Eindruck gemacht haben, der vermieden werden muß. Dem Ausland gegenüber aber soll die Untat durch den eingangs erwähnten Funkanspruch entschuldigt werden.

Letzte Nachrichten.

Demonstrationen in Bukarest.

Bukarest, 3. Juli. (B. Z. V.) Unter Teilnahme Tafe Jonascus und Bukacius hielten die Konservativen eine Versammlung ab, in der die Notwendigkeit betont wurde, die rumänische Regierung zu zwingen, die weder nach innen noch nach außen den nationalen Willen vorstelle. Die Menge veranlaßte darauf einen Streikenszug, bei dem vor der russischen Gesandtschaft Sokorzuf und vor dem liberalen Klub Vereaurus ausgedrückt wurden. Tafe Jonascus und Bukacius hielten vom Balkon des konservativen Klubs aus Ansprachen für den Eintritt Rumäniens in den Krieg gegen die Mittelmächte. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Die Sozialdemokraten hielten gestern eine gleichfalls stark besuchte Versammlung gegen den Krieg sowie gegen die Haltung der Regierung in der Galaher Angelegenheit ab. Nachher durchzogen mehrere tausend Personen die Straßen mit Fahnen und Tafeln, die Aufschriften trugen, wie: Wir wollen Schulen, Frieden, Neutralität, Keinen Krieg! Vor den Kriegsheblättern wurden Schmähsprüche ausgebracht. Auch hier ereigneten sich keine Zwischenfälle.

Gewerkschaftliches.

Deutsche und französische Gewerkschaften zur Ausländerfrage.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:
„Eine Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zur Ausländerfrage liegt eigentlich noch nicht vor. Dieses Problem ist bisher nur im „Grundstein“, dem Organ des Bauarbeiterverbandes angeschnitten worden, aber nicht von Verbands wegen. Zu dem zweiten, ihm in dieser Frage zugegangenen Artikel bemerkt sogar die Redaktion ausdrücklich, daß sie nicht mit jedem Wort des Einsenders einverstanden sei. Jedenfalls handelt es sich bei der Stellungnahme zu der Zuwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege um eine recht wichtige Angelegenheit, welche die Bauarbeiter ganz besonders interessiert.“

Nach der Berufszählung im Jahre 1907 gab es im Deutschen Reich 1342294 im Ausland Geborene, das ist 2,2 Proz. der Bevölkerung. Von der erwerbstätigen Bevölkerung entfielen in der Land- und Forstwirtschaft 294893 oder 3,0 Proz. auf die Ausländer, in der Industrie stellten sie 500963 oder 4,5 Proz. aller Erwerbstätigen. Im Handel und Verkehr wurden 86469 Ausländer oder 2,5 Proz. der Erwerbstätigen gezählt. In der Gewerbebranche: Lohnarbeit wechselnder Art und persönliche Dienste gab es 9120 oder 1,9 Proz. und unter den Freien Berufen 33511 oder 1,9 Proz. Ausländer. Der größte Teil der Ausländer ist also in der Industrie beschäftigt und hier sind die Berufsgruppen: Baugewerbe und Industrie der Steine und Erden die bevorzugtesten. In der Berufsart „Bauunternehmungen“ der Gewerbebranche wurden allein 76854 Lohnarbeiter ausländischer Geburt von insgesamt 547107 Beschäftigten gezählt. Hier sind also nicht weniger als 14 Prozent der Arbeiter Ausländer; Grund genug für die Bauarbeiter, der Ausländerfrage erhöhtes Interesse entgegenzubringen.

Die Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, die sich im „Grundstein“ geäußert haben, stehen dem ausländischen Zugang nicht gerade freundlich gegenüber. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die deutschen Unternehmer nach dem Kriege wieder das lebhafteste Bedürfnis nach ausländischen Arbeitern empfinden werden. Wenn auch die württembergischen Architekten unter dem Eindruck der italienischen Kriegserklärung an Oesterreich sich bei einer Konventionalstrafe von 1000 M. verpflichtet haben, künftig keine italienischen Arbeiter mehr zu beschäftigen, so wird das doch weder für sie, noch für andere Unternehmer ein Hindernis sein, zu gegebener Zeit wieder auf die billigen und willigen ausländischen Arbeitskräfte zurückzugreifen. Der erste Artikel des „Grundstein“ würdigt besonders die politische und volkswirtschaftliche Seite des Problems und gipfelt in der Forderung, daß den in Deutschland beschäftigten Ausländern die Erwerbung der Reichsangehörigkeit möglichst erleichtert und ihnen das gleiche Koalitionsrecht wie den Inländern gewährt werden müsse.

Langjährige Erfahrungen, die der andere Mitarbeiter des „Grundstein“ im Zusammenleben mit ausländischen Arbeitern gesammelt hat, führen ihn zu sehr abweichenden Urteilen über diese. Gegenüber dem auf den internationalen Kongress erhobenen Verlangen, die Einwanderung nicht zu bekämpfen, sondern nur zu versuchen, die eingewanderten Arbeiter zu organisieren und aufzuklären, erhebt er die Gegenforderung, daß die ausländischen Arbeiter in Deutschland auch ihre Solidarität betätigen müssen. Die Organisationen in den Auswanderungsländern haben es bisher verabsäumt, ihre auswandernden Volksgenossen über ihre Pflichten gegenüber den Arbeitern der Einwanderungsländer aufzuklären. Er bezeichnet es als ein Märchen, daß die italienischen Einwanderer allgemein rüchständig wären und deshalb Anspruch auf Nachsicht hätten. Sehr viele von ihnen sind in der Heimat politisch organisiert und unterhalten sogar auf deutschem Boden gut funktionierende republikanische Klubs. Was sie von den deutschen Gewerkschaften fernhält, ist lediglich nackte Selbstsucht. Er kommt deshalb zu dem Schluß, daß die deutschen Arbeiter ihre Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern müssen. Durch gesetzgeberische Maßnahmen muß die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so geregelt werden, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. In den Tarifverträgen muß das Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Bevorzugung bei Besetzung der Arbeitsplätze festgelegt werden. Die Gewerkschaften sollen wie bisher jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner heimatischen Organisation zu uns kommt, mit offenen Armen aufnehmen. „Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir überall und bei jeder Gelegenheit als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegenzutreten wollen.“

Die Befolgung dieser Ratschläge würde in der Tat eine starke Abkehr von den seither den Ausländern gegenüber beobachteten Grundsätzen bedeuten. Wenn die Ansichten eines guten Kenners der Verhältnisse auch Beachtung verdienen, so ist doch anzunehmen, daß sich gegen seine Vorschläge auch Widerspruch erheben wird. Interessant ist es jedenfalls, die Stellungnahme der Arbeiter in anderen Ländern zu dieser Frage kennen zu lernen.

Die Einfuhr ausländischer Arbeiter hat für Frankreich fast noch eine größere Bedeutung wie für Deutschland. Frankreich wird durch die im Kriege erlittenen Verluste gezwungen sein, zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Ausland einzuführen. Jetzt schon sind Tausende von Namiiten und Kabylen als Hilfsarbeiter in der französischen Industrie beschäftigt, und das französische Unternehmertum erwägt sehr ernsthaft den Import chinesischer Kulis. Man kann es daher begreifen, daß die französischen Gewerkschaften dieser Entwicklung mit einiger Besorgnis entgegensehen und auf Abwehrmaßnahmen sinnen.

Der französische Gewerkschaftsbund hat sich mit dieser Frage beschäftigt und er fordert eine gesetzliche Regelung der Einwanderung. Die Vorstände der Gewerk-

schaften haben der Abgeordnetenkammer und den zuständigen Ministern Leitfäden für die Behandlung der Ausländerfrage unterbreitet. Diese verlangen, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen für die Ausländer nicht schlechter sein dürfen, als die für den Ort und Beruf zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisation tariflich vereinbarten. Eine einzusetzende Oberkommission soll das Bedürfnis für die Anwerbung von Ausländern prüfen; die Anwerbung ist nur mit deren Genehmigung zulässig. Sie bestimmt die Höchstzahl der Einwanderer und kontrolliert die Anwerbungsverträge. Diese Oberkommission steht unter dem Vorsitz des Arbeitsministers; ihr gehören Vertreter der in Betracht kommenden Ministerien, solche des Zentralarbeitsnachweises und der Zentralen der Unternehmer- und Arbeiterverbände an. Die Werbeagenten müssen sich mit den Arbeiterorganisationen der Auswanderungsländer in Verbindung setzen, die beim Abschluß der Werbeträge mitwirken sollen. In der Versicherungs- und sozialen Gesetzgebung müssen die Ausländer den einheimischen Arbeitern gleichgestellt werden. Den Ausländern ist das volle Koalitionsrecht zu gewähren. Eine Ausweisung wegen gewerkschaftlicher Betätigung soll unzulässig sein. In jedem Fall soll gegen einen Ausweisungsbefehl Berufung an das Zivilgericht erhoben werden können.

Die Leitfäden des französischen Gewerkschaftsbundes, die hier auszugsweise wiedergegeben sind, beanspruchen um so mehr Beachtung, als sie in Gegenwart von Vertretern der englischen, italienischen und belgischen Gewerkschaften beraten und beschlossen wurden. Ob das Parlament sich allerdings so schnell bereit finden wird, diese Leitfäden zu sanktionieren erscheint zweifelhaft, um so mehr, als sie von den Unternehmern auf das schärfste bekämpft werden. Das ist aber kein Grund, dem Gegenstand eine geringere Bedeutung beizumessen.

Der französische Gewerkschaftsbund hat das, was der Mitarbeiter des „Grundstein“ für Deutschland fordert: gesetzgeberische Maßnahmen, bereits näher umschrieben, dagegen läßt er die andere Seite der Sache, die in dem Organ des Bauarbeiterverbandes ausführlicher behandelt wird, nämlich das Verhalten der einheimischen Arbeiter zu den ausländischen Kollegen, unberührt. Wenn, was wir als recht nützlich erachten würden, die deutschen Gewerkschaften an dieses Problem ernsthaft herantreten, dann werden sie den Gegenstand von allen Seiten beleuchten müssen.

Seit dem internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart im Jahre 1907, der sich mit der Frage der Ein- und Auswanderung beschäftigt hat, sind immerhin einige Jahre verlossen, aber trotz der durch den Krieg bewirkten Aenderung der Verhältnisse hat die dort beschlossene Resolution ihre Bedeutung nicht verloren. Notwendig ist es jedoch, entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen, bestimmte Richtlinien zu schaffen, die sich, wie es auch die Leitfäden des französischen Gewerkschaftsbundes tun, in dem Rahmen der Stuttgarter Resolution bewegen können. Die Stellungnahme zur Ausländerfrage ist eine Aufgabe, an deren Lösung unsere Gewerkschaften in ihrem eigenen Interesse recht bald werden herantreten müssen.

Deutsches Reich.

Der Verband der Kupferschmiede im Jahre 1915.

Der Verband hat sich während der Kriegszeit verhältnismäßig gut gehalten. Zwar ist auch bei ihm im vergangenen Jahre ein weiterer Mitgliederrückgang eingetreten, doch war er bei weitem nicht so groß wie im Vorjahre. Bei Kriegsausbruch zählte der Verband 5507 Mitglieder, von denen eine größere Anzahl zum Heeresdienst eingezogen wurden. Von ihnen haben sich aber 821 wieder zurückgemeldet, 171 Verbandsmitglieder sind gefallen. Neu aufgenommen wurden 631 Mitglieder, während der Abgang an Ausgetretenen, Verstorbenen und Ausgeschlossenen 456 beträgt. Einem Gesamtzugang von 864 Mitgliedern steht also ein Abgang von 1899 Mitgliedern gegenüber, so daß der Verband am Jahresfluß noch 3216 Mitglieder zählte. Da Kupferschmiede viel gebraucht wurden, so war auf den Werften, in der Flugzeug- und Automobilindustrie sehr lebhaft Nachfrage nach brauchbaren Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit war demzufolge auch äußerst gering. Sie sank bis auf 0,2 Proz. der Mitglieder im September 1915.

Streiks und Aussperrungen haben nicht stattgefunden; dagegen gelang es in den meisten Orten durch Verhandlungen mit den Unternehmern Teuerungszulagen zu erzielen. Die bestehenden Tarifverträge sind von keiner Seite gekündigt worden, es bestanden unter Berücksichtigung der durch den Krieg verursachten Abgänge in der Zahl der beschäftigten am Jahresfluß 83 Tarife für 821 Betriebe mit 6098 Beschäftigten, von denen 679 Mitglieder des Verbandes sind.

Entsprechend der gesunkenen Mitgliederzahl sind auch die reinen Einnahmen des Verbandes erheblich gesunken. Wir fügen zum Vergleich die entsprechende Summe des Vorjahres in Klammern bei. Die ordentlichen Einnahmen betragen 99507 (150268) M. Durch Extrabeträge der Mitglieder wurden aufgebracht 98894 (82826) M. Die übrigen Einnahmen einschließlich der Lokalbeiträge, betragen 24491 (36489) M. Die Gesamteinnahmen beliefen sich demnach auf 222892 (273583) M. Sie waren also dank der Opferwilligkeit der Mitglieder noch um 7809 M. höher als im Vorjahre.

Die ordentlichen Verbandsausgaben sind gleichfalls stark zurückgegangen, sie betragen 81276 (144008) M. Die den Mitgliedern statutengemäß zustehenden Unterstüßungen, die auch während der Kriegsdauer nicht gekürzt wurden, erforderten eine Ausgabe von 29756 (72299) M. Für die Unterstüßung der Kriegersfamilien wurde 117892 (48316) M. aufgewandt. Unterstüßt wurden 1112 Familien mit 1744 Kindern. Die Unterstüßung beträgt jetzt in den ersten fünf Monaten nach der Einberufung des Mitglieds 9 M. pro Monat für die Frau und für jedes Kind unter 15 Jahren 2 M. Nach Ablauf dieser Frist 5 M. für die Frau und 1 M. für jedes Kind. Aus den Mitteln der Hauptkasse des Verbandes wurden für diesen Zweck seit Ausbruch des Krieges 23614 M. aufgewendet, während der übrige Betrag durch die Extrabeträge der Mitglieder, den Zuwendungen aus den Mitteln der Lokalstellen und den Beiträgen der Angestellten aufgebracht wurden. Die Gesamtausgabe beträgt also 189168 (192882) M. Das Vermögen des Verbandes beträgt am Jahresfluß in der Hauptkasse 179140 (158390) M., in den Lokal- und Gauskassen 71010 (70090) M. Zusammen also 250150 (228480) M. Damit ist wohl die beste Garantie gegeben, daß der Verband allen bei Friedensfluß an ihn heran tretenden Anforderungen Genüge zu leisten vermag.

Aus der Partei.

Aus den Parteioptionen.

Das Pressebureau berichtet:
Am Sonntag, den 2. Juli, wurde in Dresden die dritte (fortgesetzte) Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land) abgehalten. Zu Beginn erklärte der Vorsitzende, daß die Versammlung diesmal politisch überwacht werde. Der erschienenen Deputation habe den Auftrag, eine etwa geplante Sympathieumgebung für den Genossen Liebknecht zu verhindern. (Lebhafte Zurufe.) Die Versammlung würde sofort aufgelöst, falls ein derartiger Versuch gemacht werde. Der Vorsitzende bemerkte zu dieser Mitteilung, daß sich noch andere Gelegenheiten bieten werde, eine solche Kundgebung zu veranstalten. — Die Stimmzettelwahlen hatten folgendes Ergebnis: Es waren 888 Zettel abgegeben. Der erste Vorsitzende erhielt 205, der zweite 201 Stimmen (beide Anhänger der Mehrheit); der Schriftführer (Angehänger der Minderheit) erhielt 251 Stimmen, 48 Zettel waren unbeschrieben. Alle drei bekleideten bisher schon diese Ämter. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden bestätigt bis auf einen Genossen, der die „Dresdener Volkszeitung“ abgetreten hat. Nach einem Beschluß der Kreise sollen Mitglieder, die die „Dresdener Volkszeitung“ nicht lesen, keine Ehrenämter in der Organisation bekleiden. Ueber diesen Beschluß und die politische Haltung der Zeitung entspann sich eine längere Debatte. Von Rednern der Minderheit wurde darauf hingewiesen, daß Ehrenämter nach dem Parteistatut nur durch das dort vorgeschriebene ordentliche Verfahren aberkannt werden können, jener Beschluß also unwirksam sei. Uebrigens sei die Angelegenheit wieder in die Schwebelage gebracht, indem einige Bezirke beantragt haben, den Beschluß aufzuheben. Eine besondere Abstimmung ergab 191 Stimmen gegen und 162 Stimmen für die betreffenden Genossen. In den Bezirksvorstand wurde Gleißner gegen wenige Stimmen wiedergewählt. — Dann wurde auf vielseitigen Wunsch, dem man ohne weiteres entsprochen, über die plötzliche Entlassung Wallfischs, des Geschäftsführers der „Dresdener Volkszeitung“, berichtet. — Die Versammlung war nur reichlich halb so stark besucht, wie die vorhergehenden; besonders fehlten viele Frauen (wahrscheinlich wegen der unpassenden Zeit — vor mittags 11 Uhr); sie verlief aber fast ebenso lebhaft, wie die erste und zweite.

Konferenz der tschechischen Sozialdemokratie.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet:
Die Wiener Arbeiterzeitung unter dem Vorsitz des Genossen Jura eine Sitzung der Parteivertretung der tschechischen Sozialdemokratie hielt, an der außer den Vertretern des Vollzugsausschusses auch zahlreiche Genossen aus Wien, Prag und zahlreichen anderen Städten teilnahmen.

Ueber den ersten Punkt: „Organisation und Presse“ referierte Werta. Es wurde eine umfassende Agitation für das Tagesblatt der Partei „Dělnické Denní“ beschlossen.

Das Referat über „Soziale, wirtschaftliche und politische Fragen in Oesterreich“ hatte Edmund Durian. Es wurde eine Resolution beschlossen, in der zunächst als unbedingte Notwendigkeit dargelegt wird, daß für die Opfer des Krieges — Invaliden, Witwen und Waisen — ausreichend gesorgt werde, damit ihnen ein würdiges Leben ermöglicht werde. Milliarden wurden für Kanonen und alle anderen Hilfsmittel des Krieges ausgegeben und man kann darum erwarten, daß unmittelbar nach dem Kriege die für die Kriegskrüppel und für die Hinterbliebenen der Gefallenen erforderlichen Millionen zur Verfügung gestellt werden. Das wirtschaftliche Leben kann nur gefunden, wenn für die materielle und geistige Hebung des arbeitenden Volkes durch einen wirklichen Arbeiterschutz gesorgt wird. Deshalb wird auch die Herabsetzung und Aufhebung der Schutzgölle verlangt, ferner eine Vervollkommnung des Schulwesens, die Einführung des Proportionalwahlrechtes und die Aufhebung der politischen Privilegien in allen Gesetzgebungs- und Verwaltungsorganen, ferner eine Reform der Staatsverwaltung, die bei der im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unumgänglichen Einheit des Staates den Bedürfnissen der Nationen nach freier Entwicklung gerecht wird. Voraussetzung hierfür ist die Einsetzung einer Kreisverwaltung und der nationalen Autonomien. Die Resolution wendet sich dann gegen eine Vereinigung von Sozialdemokraten mit bürgerlichen Parteien.

Zum dritten Punkt: „Die tschechische Sozialdemokratie und die Internationale“ wurde nach einem Referat Viktor Steins eine Resolution beschlossen, in der es als notwendig erklärt wird, die Aufmerksamkeit des Proletariats auf das zu lenken, was allen gemeinsam ist, und alles in seinen Reihen zu bekämpfen, was entzweit und entfremdet. Deshalb begrüßt die Versammlung jeden Versuch zur Festigung der gelockerten internationalen sozialistischen Beziehungen und fordert alle Zweige der Internationale auf, alles zur Ermöglichung einer wirksameren Tätigkeit der Internationale einzusetzen.

Soziales.

Die Familienunterstützung ist auch rückständigen Steuern gegenüber unpfändbar.

Der preussische Minister des Innern hat zu der Frage, ob die gefehlichen Familienunterstützungen für rückständige Steuern mit Beschlag belegt werden können, in folgender Verfügung Stellung genommen: Ein solches Vorgehen kann nicht für zulässig erachtet werden. Der den Angehörigen in den Dienst eingetretener Mannschaften zustehende Unterstüßungsanspruch ist als der Pfändung nicht unterworfen anzusehen. Nach dem Zwecke des Gesetzes stellen sich die Unterstüßungen als Beiträge zum Unterhalt dar. Dem entspricht es, sie hinsichtlich der Unpfändbarkeit den auf gefehlicher Vorschrift beruhenden Unterstüßungsforderungen (§ 850 der Zivilprozessordnung) gleichzustellen. Aus der Unpfändbarkeit des Unterstüßungsanspruchs ergibt sich ohne weiteres, daß er der Aufrechnung nicht unterliegt und nicht abgetreten werden kann (§§ 894, 400 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Ruß Sterbegeld auch für Totgeburten gezahlt werden?

Diese in der Praxis bisher leider umstrittene Rechtsfrage ist jetzt vom Reichsversicherungsamt in bejahendem Sinne entschieden worden. Der von anderer Seite vertretenen Auffassung, von einem „Sterbegeld“ könne schon darum keine Rede sein, weil ein Kind, das bereits tot zur Welt kommt, gar nicht „sterben“ könne, vermochte die letzte Instanz nicht beizutreten. Es sei zwar, so sagt das Reichsversicherungsamt, nicht zu verkennen, daß der Wortlaut des Gesetzes in gewisser Hinsicht für die gegenteilige Ansicht spreche. Dies könne aber nicht ausschlaggebend sein gegenüber dem sozialen Zweck, dem die Vorschrift dient. Auch bei einem totgeborenen Kinde erwachsen den Eltern Bestattungskosten. Der Begriff des „Sterbens“ sei rechtlich auch keineswegs ausgeschlossen, da ja vorher „Leben“ vorhanden gewesen sei.

Wichtige Mitteilung für alle Leser! Eine große illustrierte Haushibliothek gratis!

Den Lesern teilen wir hierdurch ergeben mit, daß wir eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenszweigen. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind erste Fachleute. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Vahlgangzeit. — Wenn die Erde erztittert. — Gesundheit und Schönheit. — Der

Wille und dessen Sinnhaftigkeit. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Fällige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Versuchswundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität. — Unser Sonnensystem usw. usw. Außerdem erhält jeder Leser auf „Welt und Wissen“ zu jedem Jahrgang drei komplette Bände vollständig

gratis. Im ersten Jahre: Die illustrierte Haushibliothek. — Illustriertes Buch der Technik. — Entbedungsreisen nach dem Nord- und Südpol. Um zu ermöglichen, daß alle Leser darauf abonnieren können, haben wir die kleine Entbedungsreise, die wir notwendig haben müssen, auf nur 20 Pf. für ein 24 Seiten starkes Heft festgesetzt. Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzusenden.

Bestellschein Bv.

An die Expedition von „Welt und Wissen“, Berlin-Zehlendorf, Am Park 11. Ich abonniere hiermit „Welt und Wissen“ à 20 Pf. p. Heft durch Boten franko Haus. Name: _____ Ort, Straße: _____

Politische Uebersicht.

Der Illusionär.

Die alte Praxis, nicht in bürgerlichen Organen über Parteifragen zu schreiben, ist von einigen Parteimitgliedern schon lange über Bord geworfen worden. Jetzt beginnt man aber sogar in der bürgerlichen Presse gegen Parteigenossen zu polemisieren. So hält es Wolfgang Heine für angezeigt, im „Berliner Tageblatt“ unter dem bezeichnenden Titel: „Taten der Einheit“ die Opposition zu bekämpfen. Heine will offenbar die Regierung zu einer Politik der Reformen bewegen, die „die Unmenge Leiden, Enttäuschung und Verbitterung“, die der Krieg geschaffen hat, beseitigt oder wenigstens mildert. Da aber Heine das dem wissenschaftlichen Sozialismus eigentümliche Mittel zur Erreichung dieses Zieles im Kriege gar nicht und sonst wohl auch nur zögernd anwenden will, hält er es gleich den früher von unserer Partei so verpöhten Liberalen mit dem guten Zureden. Wer durch Worte Eindruck machen will, muß sich natürlich in der Beweisführung auf den Boden des zu Ueberzeugenden stellen. Die notwendige Folge dieser geistigen, vielleicht unbewußten Anpassung an bürgerliche Gedankengänge ist dann natürlich die offene, bewußte Abgabe an die unbeeirrten Vertreter nicht-bürgerlicher Forderungen und Kampfmittel. Mit mindestens ebenso scharfen Worten, wie sie Heine gegen die konservativen Feinde jeden Fortschritts richtet, kämpft er auch gegen die eigene Parteioption. So heißt es bei einer Erwähnung der Reichsvereinsnobelle:

„Welche Aufnahme fand dieser praktisch immerhin nicht unbedeutende Fortschritt bei den alten Parteien, und keineswegs nur bei denen, die bisher eine vollstrenge Politik geführt hatten. Auf der einen Seite die alte unentwegte Feindschaft gegen die Gewerkschaftsbewegungen, in der Mitte bei manchen die Angst vor Mißbrauch der Freiheit“, und auf der anderen Seite eine Ablehnung, die abgesehen von nicht sehr ehrlichen agitatorischen Beweggründen in der Hauptsache auf einem greisenhaften Gefühl der Unbehaglichkeit beruht, daß hier etwas Neues geschehen sollte. Und kaum ist das Gefühl unter Dach und Fach, so heißt sich die Verwaltungspraxis, den Staatsangehörigen gegenüber zu beweisen, daß sie nichts von einem neuen Geiste verspürt. Wie soll es dann erit werden, wenn die größeren Aufgaben der Gesetzgebung zu bewältigen sind?“

Diese selbst die Beweggründe der Opposition verächtlichende Polemik wird auch rückwärts auf vergangene Zeiten angewandt:

„Das nationalstische Kraftmeiereium hat sein volles Maß von Anfeil angerichtet; aber auf die verschommenen Vorstellungen eines tatsachenfremden Internationalismus, der sich einbildete, ein Krieg sei unmöglich oder könne durch eine schöne Geste und schwingvolle Resolutionen verhindert werden, fällt auch ein Stück der Verantwortung. Die einen haben den Ausländern Deutschland in der Gestalt des wilden Mannes dargestellt, von dem man alles zu fürchten hätte, die anderen haben den Eindruck erweckt, als ob man dem deutschen Volke alles bieten könnte.“

Was nun Heine dieser angeblich „greisenhaften“, in Wirklichkeit stürmisch vorwärts drängenden Opposition und ihrer angeblichen „Weltfremdheit“ entgegensetzt, ist selbst die blasseste Illusionschwärmerei, die den harten Tatsachen dieses Krieges völlig fremd gegenübersteht, falls man nicht Heines Politik vom Standpunkt der Arbeiterinteressen noch schärfere bezeichnen will. Heine erhebt den Vorwurf des greisenhaften Gefühls der Unbehaglichkeit, und durch seine eigenen Ausführungen zieht sich in die Negation über das Ausschleiben der bei Kriegsausbruch so sicher erwarteten Reformen. Hundert Illusionen Heines sind bereits gebrochen. Laufende wird er noch weilen sehen, so daß uns fast ein Mitleid für den Enttäuschten überkommt, wenn sich nicht der Jörn darüber regen würde, daß gerade die von Heine befolgte Politik die Arbeiterschaft des Erfolges beraubt hat, die ihr der Krieg hätte bringen können.

Die Kriegsziele des Fürsten Bülow.

In einem solchen erichtenen Buche des Fürsten Bülow über „Deutsche Politik“ spricht sich der frühere deutsche Reichszangler über die Kriegsziele folgendermaßen aus:

„Deutschland muß sich heute sagen, daß, wenn der Krieg selbst nicht ganz neue, freilich unwahrscheinliche Situationen schaffen sollte, die erbitterte Stimmung in Frankreich, England und Rußland sich aus dem Krieg in den Frieden fortzerben wird. Diese Tatsache wird maßgebend sein müssen für die Gestaltung des Friedens. In doppelter Hinsicht. Der Schuß, den Deutschland in Zukunft gegenüber der Feindseligkeit, dem erneuerten und neuen Redanagefühl in West, in Ost und jenseits des Kanals findet, kann nur liegen in seiner vermehrten Macht. Die Rüstung zu Lande und zu Wasser werden auch die Gegner stärken. Wir aber müssen uns an unseren Grenzen und an unserer Küste stärker, schwerer angreifbar machen, als wir es zu Beginn dieses Krieges waren. Nicht in dem uns angebläteten Streben nach Welt Herrschaft, sondern uns zu behaupten. Das Ergebnis des Krieges darf kein negatives, es muß ein positives sein. Es handelt sich nicht darum, daß wir nicht vernichtet, noch zerstört, noch ausgeraubt werden, sondern um ein Plus in Gestalt realer Sicherheiten und Garantien als Entschädigung für nie gesehene Mühen und Leiden, wie als Bürgschaft für die Zukunft. Gegenüber der Stimmung, die dieser Krieg uns zurücklassen wird, würde die einfache Wiederherstellung des „Status quo ante bellum“ für Deutschland nicht Gewinn, sondern Verlust bedeuten. Nur wenn die Verstärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung durch den Krieg die durch ihn entzündete Feindschaft erheblich überwiegt, werden wir uns mit gutem Gewissen sagen, daß unsere Gesamtlage durch den Krieg verbessert wurde.“

Andererseits ist es notwendig, die Fühlung zu erhalten, wiederherzustellen und die Verbindung zu festigen mit solchen Staaten mit denen Deutschland in diesem Kriege die Waffen nicht kreuzte, gleichviel ob die Propaganda der feindlichen Presse und feindliche Agitatoren in diesen Staaten die Volkstimmung während des Krieges gegen uns einnahmen oder nicht. Hier müssen die politischen Notwendigkeiten über nationale Stimmungen und Bestimmungen, auch über die berechtigten, hinwegschreiten. Ruß Deutschland durch Vergroßerung seiner Macht in die Lage versetzt werden, die durch den Krieg unendlich verstärkten und gesteigerten alten Feindschaften zu ertragen, so täte es nicht gut, nicht auf die Feindschaft deren Wert zu legen, die ihm im Kriege nicht Feinde waren. Scharfe festen, entschlossenen Willens auf der einen, staatsmännischer Geschicklichkeit auf der anderen Seite wird es sein, beide Ziele zu erreichen, ohne daß eines leidet.“

Kein wirtschaftlicher Boykott nach dem Kriege.

Ueber die „Handelspolitische Zukunft Deutschlands“ sprach am Sonnabend Prof. Dr. Jastrow aus Berlin in der in Frankfurt a. M. tagenden Hauptversammlung der Vereinigung zur Beförderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Auslande. Jastrow ging von den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz aus, die den „Krieg nach dem Kriege“ proklamiert und ähnliche Bestrebungen in Deutschland ausgelöst hat, und wies nach, daß eine derartige Abschließung Deutschlands verhängnisvoll wäre. Auf den Weltmarkt zu verzichten und statt dessen den deutschen Handel in Mitteleuropa sich ausleben zu lassen, sei unmöglich, da unsere Verbündeten auf lange hinaus keinen Ersatz für den Weltmarkt bieten könnten. Die Handelspolitik müsse stets die Dienerin der allgemeinen Politik sein; aber es müsse sofort nach dem Kriege die Weltwirtschaft wieder einsehen. Das sei auch durchführbar, denn unsere Feinde seien ebenso gut auf unsere Ausfuhr angewiesen, wie wir auf die ihre. In den Friedensvertrag müsse als wichtiger Punkt hinein: „Boykottieren verboten!“ vor allem müsse vermieden werden, daß bei dem Ausbau der deutsch-österreichischen Verhältnisse ein Konflikt mit Amerika entstände. Sei aber dieser Konflikt mit der Union nicht vermeidbar, so müßten wir sofort energisch vorgehen nach dem Satz: „Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn du greiffst, so greife fest!“

Einstellungsverfahren gegen Liebknecht.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat nach der Verurteilung des Abgeordneten Genossen Dr. Karl Liebknecht beim Reichstag beantragt, die Einstellung des militärgerichtlichen Verfahrens und die Haftentlassung Liebknechts für die Dauer der Reichstagsession auf Grund des Artikels 31 der Reichsverfassung zu beschließen. (2)

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht der Festung Köln

hatten sich die Genossen Kauer, Funk und Sollmann als Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt und -Land zu verantworten, weil sie ohne die erforderliche Genehmigung öffentliche Frauenversammlungen veranstaltet haben sollten. Der Anklagevertreter beantragte schließlich als subjektiven und objektiven Gründen selbst die Freisprechung, und das Gericht folgte seinem Antrage. Gegen den nicht anwesenden Genossen Sollmann wurde das Verfahren niedergeschlagen. (2)

Die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes.

Im „Reichsanzeiger“ wird die Aenderung des Reichsvereinsgesetzes nach den Beschlüssen des Bundesrats und des Reichstages wie folgt bekanntgegeben: Unter § 17 des Vereinsgesetzes wird eingefügt:

§ 17a. Die Vorschriften der §§ 3, 17 über politische Vereine und deren Versammlungen sind auf Vereine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aus dem Grunde anzuwenden, weil diese Vereine auf solche Angelegenheiten der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik einzuwirken bezwecken, die mit der Erlangung oder Erhaltung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen oder mit der Wahrung oder Förderung wirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zugunsten ihrer Mitglieder oder mit allgemeinen beruflichen Fragen in Zusammenhang stehen.

Neue Bundesratsbeschlüsse.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über Grünsfern, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Festlegung der Ortslöhne und der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung bei Erbschaften.

Eine städtische Klavier-Kriegssteuer.

Die zuständigen Ministerialinstanzen beschäftigen sich zuzeit mit dem Beschluß des Danziger Magistrats, der als erste deutsche Stadtverwaltung eine Steuer auf Klaviere, Flügel und Phonographen einführen will. Der Entwurf dieser Steuerordnung hat bereits die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden.

Militärgouverneure und Mietsteigerung.

Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte der Gouverneur des Reichskriegshafens Kiel, Admiral Bachmann, eine Mietsteigerung vor dem Herbst dieses Jahres unterlagt. Nunmehr hat er vom 1. Oktober ab eine Steigerung der Mieten um höchstens 5 Proz. erlaubt für solche Wohnungen, deren Mietzins seit dem 1. Januar 1915 keine Erhöhung erfahren hat. Stehen privatrechtliche Vereinbarungen einer Erhöhung des Mietzinses zurzeit oder überhaupt entgegen, so werden sie durch diese Verordnung nicht berührt.

Das Endergebnis der holländischen Provinzwahlen.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die Stichwahlen sind nun im ganzen Land abgeschlossen. Auch der letzte Wahltag hat der Arbeiterpartei einen schönen Gewinn gebracht, vor allem in Friesland. Ueberhaupt man das gesamte Ergebnis, so stellt es sich ziffernmäßig folgendermaßen dar: Vor den Wahlen besaß die Arbeiterpartei im ganzen 40 Mandate. Sie hat von denen, die diesmal zu erneuern waren, kein einziges verloren und 27 hinzugewonnen, und zwar 17 auf Kosten der Freisinnigen und 10 auf Kosten der Rechtsparteien. Am stärksten war die Vermehrung in Südholland (von zwei auf zehn), in Friesland (von zwölf auf 19) und in Groningen und Noordholland (von sechs auf elf und von 16 auf 21). — Die Mehrheit ist in Oberisfel von rechts auf links übergegangen, sonst hat sich keine Verschiebung von Bedeutung gezeigt.

Das tägliche Brot.

Einführung von Reisbrotarten.

Das Preussische Landes-Getreideamt hat für den Umfang des preussischen Staatsgebietes angeordnet: Es sollen Brotarten hergestellt ausgegeben werden, gegen die dann die Reisenden die Brotarten ihres Ortes austauschen können. Die Regelung ist zunächst nur eine vorläufige, damit die Einrichtung noch vor Beginn der Reisezeit ins Leben treten kann. Mit den anderen Bundesstaaten sind Verhandlungen über die gegenseitige Anerkennung der Reisbrotarten angeknüpft.

Kommunale Maßnahmen.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Lüben beschloß, von der öffentlichen Verpachtung der diebstahligen, voraussetzlich recht ergründigen Pflaumennutzung abzusehen. Die Stadt wird die Pflaumen selbst verkaufen, um sie der Einwohnerschaft zu einem billigen Preise zugänglich zu machen. Die Stadt Dortmund beschloß im April 2500 Morgen Weideland; es handelt sich um das Gebiet der Wasserwerkungsanlagen der Stadt. Diese Weiden wurden lange Jahre verpachtet. Vor wenigen Jahren wurde von sozialdemokratischer Seite auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Pacht wirtschaftlich besser auszu-

nutzen. Es wurde ein Versuch mit Körnerbau unternommen, der glänzend ausfiel. Im ersten Frühjahr des Weltkrieges ging man dazu über, weitere 235 Morgen dem Körnerbau dienstbar zu machen.

Bayern will keine Fremden.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. Bayerischen Armeekorps gibt bekannt: In Bayern ist der Verkehr mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, insbesondere mit Fleisch und Butter, bis in die letzte Landgemeinde genau geregelt und empfindlich eingeschränkt. — Milch ist in den größeren Städten und auch in Kurorten nur für Privathaushaltungen auf Grund von Milchkarten erhältlich. Die Gasthöfe sind vielfach auf ländliche Milch angewiesen. Die Abgabe von Rahm (Sabne) ist allgemein verboten. — Butter erhält die nicht ortsanfällige Bevölkerung nur, soweit sie einen eigenen Privathaushalt führt; die Butterkarten des ständigen Wohnortes müssen hierbei abgeliefert werden. Wer einen eigenen Haushalt nicht führt, kann Butter im Gasthause, in den Fremdenheimen usw. nur an den fleischlosen Tagen (Dienstag und Freitag) erhalten und auch dann nur, soweit es die Knappheit, den Gasthöfen usw. zugewiesenen Butterbestände gestatten. — Die Eierkarten sehen für Kopf und Woche höchstens zwei Eier vor, in Gasthöfen usw. dürfen Eierpeifen nur gegen die entsprechende Anzahl von Eiermarken und nur zu den Hauptmahlzeiten (Mittag- oder Abendtisch, mithin nicht zum Frühstück) verabreicht werden. — Fleisch erhalten Privathaushaltungen und Hotelgäste durchweg nur in sehr geringen Mengen. Die Fleischkarte, die in ganz Bayern eingeführt ist und insbesondere auch Wurstwaren, Wild, Geflügel und Fleischkonzerben umfaßt, ist nur Sperrkarte und gewährleistet keineswegs die für die Woche vorgezeichnete Menge (580 Gramm für Erwachsene, 280 Gramm für Kinder von vier bis zehn Jahren). Es kann schon jetzt gesagt werden, daß sie in vielen Orten nicht voll wird ausgenutzt werden können. — Sogar das Bier kann in Bayern nur zu bestimmten Tageszeiten abgegeben werden. Auch bei denjenigen Bedarfsgegenständen, deren Verbrauch für das ganze Reich einheitlich geregelt ist, wie Zucker und Seife, kann eine Versorgung der Fremden nicht gewährleistet werden; man wird daher gut tun, sie mitzunehmen. — Ähnlich liegen die Verhältnisse bei fast allen anderen, vorstehend noch nicht aufgeführten Bedarfsartikeln, insbesondere bei Leigwaren, Griech, Graupen, Kaffee, Tee usw., bei denen aus den vorhandenen Beständen knapp der Bedarf der einheimischen Bevölkerung gedeckt werden kann; auch deren Mitnahme wird sich für diejenigen, die eigenen Haushalt führen wollen, sehr empfehlen. — Wer also den Sommer zur Erholung in Bayern zubringen will, muß schon an sich mit Einschränkungen seiner Lebenshaltung rechnen, mit ganz empfindlichen Einschränkungen aber dann, wenn von Reich wegen Zufüsse für die Sommergäste nicht oder nicht ausreichend gemehrt werden. — Sollten sich noch weitere Beschränkungen im Lebensmittelverkehr als erforderlich erweisen, so ist es selbstverständlich, daß diese auch ihre Rückwirkung auf die Fremden äußern müssen. Bevorzugungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung sind unter allen Umständen ausgeschlossen.

Die neuen Postgebühren.

Das Gesetz vom 21. Juni 1916, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, tritt am 1. August 1916 in Kraft. Nach dem Gesetz ist im inneren deutschen Verkehr als Zuschlag zu gewissen Gruppen von Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren eine Reichsabgabe zu zahlen. Der Zuschlag beträgt:

- Für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie für Postkarten 2 1/2 Pf.
- Fernbriefe 5 Pf.
- Pakete bis 5 Kilogramm in der 1. Zone 5 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pf.
- Pakete über 5 Kilogramm in der 1. Zone 10 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 20 Pf.
- Briefe mit Wertangabe in der 1. Zone 5 Pf., auf alle weiteren Entfernungen 10 Pf.
- Postauftragsbriefe 5 Pf.
- Telegramme 2 Pf. von jedem Wort, mindestens 10 Pf.
- Kohrpstbriefe und Kohrpstpostkarten 5 Pf.
- Fernspreckanschlüsse, Nebenanschlüsse und Gespräche 10 v. H. der jetzigen Gebühren.

Danach kostet vom 1. August ab:

Der Ortsbrief (bis 250 Gramm) freigemacht	7 1/2 Pf.
nicht freigemacht	15
• einfache Fernbrief (bis 20 Gr.) freigemacht	15
nicht freigemacht	25
• doppelte Fernbrief (ab 20 bis 250 Gramm) freigemacht	25
nicht freigemacht	35
Die Postkarte freigemacht	7 1/2
nicht freigemacht	15
Das Paket bis 5 Kilogr. in der 1. Zone	80
auf alle weiteren Entfernungen	60
(dazu tritt bei nicht freigemachten Paketen bis 5 Kilogr. der Portozuschlag von 10 Pf.)	
Das Paket über 5 Kilogr. in d. 1. Zone 10 Pf. mehr als bisher auf alle weiteren Entfernungen	20
Der Brief mit Wertangabe in der 1. Zone	25 Pf.
auf alle weiteren Entfernungen	50

außerdem die Versicherunggebühr wie bisher und bei nicht freigemachten Wertbriefen der Portozuschlag von 10 Pf., der Postauftragsbrief 35 Pf.

Das Telegramm im Stadtverkehr: bis 5 Wörter einschl. 40 Pf., über 5 bis 10 Wörter einschl. für jedes Wort 2 Pf. mehr, also 42, 44, 46, 48, 50 Pf., über 10 Wörter für jedes Wort 5 Pf.

Das Telegramm im sonstigen Verkehr: bis 5 Wörter einschl. 60 Pf., über 5 bis 10 Wörter einschl. für jedes Wort 2 Pf. mehr, also 62, 64, 66, 68, 70 Pf., über 10 Wörter für jedes Wort 7 Pf.

der Kohrpstbrief 35 Pf., die Kohrpstpostkarte 30 Pf., im Fernspreckverkehr beträgt die jährliche Baugebühr in den kleinsten Netzen 88 M., steigend bis 198 M. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen.

die jährliche Grundgebühr in Netzen von mehr als 1000 Anschlüssen 66 M., steigend bis 110 M. in Netzen mit mehr als 20 000 Anschlüssen.

die Gebühr für Ortsgespräche bei Anschlüssen gegen Grundgebühr 5 1/2 Pf. für jede Verbindung, die Gebühr für Gespräche im Verkehr von Ort zu Ort bei einer Entfernung von nicht mehr als 25 Kilometer 22 Pf. für je 8 Minuten, steigend bis zu 2 M. 20 Pf. bei einer Entfernung von mehr als 1000 Kilometer.

Bruckspennige, die sich bei nicht freigemachten und unzureichend freigemachten Sendungen und bei der Gebühr für die Vergleichen von Telegrammen ergeben, werden auf volle Pennige aufwärts abgerundet. Für einen nicht freigemachten Ortsbrief, der von einer Behörde unter der Bezeichnung „Postpflichtige Dienstliche“ abgesandt wird, und für eine solche Postkarte sind vom Empfänger also 8 Pf. zu entrichten.

Unverändert bleiben die Gebühren für Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, vereinigte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben, Postanweisungen und Zeitungen, ferner alle Gebühren im Postfachverkehr, jedoch befreit die Gebühr für Briefe der Kontoinhaber an die Postämter, wie für Ortsbriefe, künftig 7 1/2 Pf.

Für die Entrichtung der Reichsabgabe sind, soweit die Benutzung von Marken in Betracht kommt, Postmarken zu verwenden. Zu diesem Zweck werden Ende Juli neue Postmarken zu 2 1/2, 7 1/2, und 15 Pf. sowie gestempelte Postkarten zu 7 1/2 Pf. und Postkarten mit Antwortkarte zu 7 1/2 + 7 1/2 Pf. ausgegeben. Die neue Marke zu 2 1/2 Pf., die auch in Briefen mit 80 Stück für 75 Pf. verkauft wird, soll die Nachfrankierung der im Verkehr befindlichen gestempelten Postkarten zu 5 Pf., die auch über den 1. August hinaus gültig bleiben, erleichtern. Neue Postwertzeichen, deren Kennwert auf Pfennigfünftel laut, werden in der Regel nur in durch 2 teilbaren Mengen, sei es desselben Kennwerts oder verschiedener Kennwerte, ausnahmsweise auf ausdrückliches Verlangen jedoch auch einzeln unter Abrundung des Kennwerts auf volle Pfennige auswärts abgegeben werden. Die jetzigen Postwertzeichengeber für 5-Pf.-Marken und die Postkartengeber sollen so eingerichtet werden, daß sie gegen Einwurf eines Pfennigstückes eine Marke zu 7 1/2 Pf. und eine Marke zu 2 1/2 Pf. oder eine Postkarte zu 7 1/2 Pf. und eine Marke zu 2 1/2 Pf. verabsorgen. Freimarckenrollen mit den neuen Marken zu 7 1/2 und 15 Pf. für Postkontrollstellen usw. werden angefertigt werden, sobald die Postkontrollstellen mit den neuen Postwertzeichen, von denen in wenig Wochen als erster Bedarf mehr als 800 Millionen Stück herzustellen sind, versorgt sind.

Drohende Fahrpreiserhöhung der Verkehrsmittel Groß-Berlins.

Hohe, für weite Kreise fast unerschwingliche Lebensmittelpreise, stark erhöhte Reichs-, Staats- und Kommunalsteuern, enorme Verteuerung aller zum Leben notwendigen Gebrauchsgegenstände ist für die großstädtische Bevölkerung das kennzeichnende der gegenwärtigen Zeit. Zeitungsmeldungen zufolge soll trotz solcher Zeiten die Absicht bestehen, der Groß-Berliner Bevölkerung noch einen neuen außerordentlich hohen Zoll zugunsten der hiesigen Verkehrsunternehmen aufzulegen, ohne daß dafür ein zwingender Grund erkennbar ist.

Als im vorigen Jahre von der Großen Berliner Straßenbahn eine Tarifierhöhung für ihre eigenen und die von ihr verwalteten Bahnen angeregt wurde, waren sich alle Kreise der Bevölkerung, die Gemeinden und auch der Zweckverband, der in erster Reihe über die gestellten Anträge zu befinden hatte, darüber einig, daß diese ohne weiteres abzulehnen seien. Dabei waren die damaligen Anträge der Gesellschaft gegenüber der jetzt bekannt gewordenen Absicht noch verhältnismäßig bescheiden. Der bestehende 10-Pf.-Tarif sollte für Strecken bis zu rund 5 Kilometer beibehalten werden, so daß die am meisten vorkommenden Fahrten nicht verteuert wurden. Darüber hinaus sollten bis etwa 7,5 Kilometer Fahrtdistanz 15 Pf. und über 7,5 Kilometer 20 Pf. erhoben werden. Für den Umsteigeverkehr in den Vororten — Berlin kam fast gar nicht in Betracht — sollten 15-Pf.-Fahrtscheine für eine Streckenlänge von rund 7,5 Kilometer ausgegeben werden.

Die Mehreinnahmen, welche sich aus dieser Tarifierhöhung für die Große Berliner Straßenbahn ergaben, waren von ihr auf 8,7 bis 4 Mill. M. berechnet worden. Diese Belastung der Fahrgäste wurde vom Zweckverband vor einem Jahre für zu hoch befunden und der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn ohne weitere Vorberatung in einer Kommission einstimmig abgelehnt. Man war der Ansicht, daß einer Erwerbsgesellschaft, die eine lange Reihe glänzender Jahre hinter sich habe und der es in der Kriegszeit gelinge, noch 6 Proz. Dividende auszuschütten, nicht noch ein weiterer Gewinn auf Kosten der Großen Berliner Bevölkerung zugebilligt werden könne. Der im März veröffentlichte Bericht über das Geschäftsjahr 1915 hat gezeigt, daß die Ergebnisse auch dieses Jahres noch als durchaus angemessen anzusprechen sind und daß daher der Beschluß des Zweckverbandes voll begründet war.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse der Groß-Berliner Straßenbahn-Gesellschaften fortwährend noch verbessert. Es ist gelungen, eine große Anzahl von Frauen für den Dienst der Verkehrs-Unternehmungen zu gewinnen und infolge der Personalvermehrung eingestellte Linien wieder in Betrieb zu setzen. Der Verkehr hat sich denn auch derart gehoben, daß allein bei der Gr.-B. Str. in den ersten sechs Monaten dieses Jahres über 2 Millionen Mark mehr eingenommen sind als in dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Ebenso haben auch die Tochtergesellschaften wesentliche Mehreinnahmen aufzuweisen.

Und trotz dieses Aufschwungs des Verkehrs und trotz der bedeutenden Mehreinnahmen tritt die Gr.-B. Str., wenn auch auf einem Umwege, jetzt von neuem an den Verband wegen Genehmigung höherer Tarifpreise heran.

Sie scheint dabei gleich ganze Arbeit machen zu wollen. Soweit bekannt geworden ist, möchte sie sich nicht mehr mit den Anträgen des vorigen Jahres begnügen, sondern, gestützt auf die Entschädigung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Unternehmungen auf der Tagung des Vereins vom März d. J., die „eine baldige Festsetzung des Mindesttarifs auf 15 Pfennige unter entsprechender Erhöhung der Vergünstigungstarife“ verlangt, den ganzen 10-Pf.-Tarif auch für kurze Strecken besitzigen.

Solche Festsetzung eines Mindesttarifs von 15 Pf. würde nun eine geradezu ungeheuerliche Belastung der Groß-Berliner Bevölkerung verursachen. Aus den Durchschnittsziffern der fünf Geschäftsjahre 1911—15 ergibt sich, daß 98,44 Proz. aller Reisenden Fahrtscheine zu 10 Pf. gelöst haben und daher durch die gewünschte Tarifierhöhung belastet werden würden, während nur 1,56 Proz. der Reisenden weniger zu zahlen hätten oder gleichgestellt blieben.

Diese Zahlen werden aber noch ungünstiger für die Fahrgäste, wenn man die Abonnenten bei der Rechnung berücksichtigt. Was mit den Abonnenten geschehen soll, darüber ist bisher nichts in die Öffentlichkeit gedrungen. Daß aber die Abonnenten entsprechend der allgemeinen Tarifierhöhung gesteigert werden sollen, ist nach der oben mitgeteilten Entschädigung als selbstverständlich anzunehmen. Die Zahl der Abonnenten ist nun bei der Großen Berliner Straßenbahn recht beträchtlich, sie beträgt nach dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre etwa 15 Proz. der gesamten beförderten Personen.

Betrachtet man das Jahr 1913 als ein vor dem Kriege normales Betriebsjahr, so stellen sich die Verhältniszahlen folgendermaßen:

Nach dem Geschäftsbericht der Großen Berliner Straßenbahn wurden in diesem Jahre insgesamt 466,80 Millionen Personen befördert. Hierunter entfielen 1. auf die Abonnenten 74 978 000 Personen = 15,95 Proz., 2. auf die Fahrgäste mit 10-Pf.-Fahrtscheinen 388 052 000 Personen = 82,79 Proz., 3. auf die Fahrgäste mit Fahrtscheinen über 10 Pf. 5 875 000 Personen = 1,26 Proz., das heißt also: Fällt der 10-Pf.-Tarif, so würden 400,48 Millionen Fahrgäste oder 98,74 Proz. aller Fahrgäste durch höhere Fahrpreise belastet und nur 5,87 Millionen Fahrgäste oder 1,26 Proz. entlastet werden oder gleichgestellt bleiben. Selbst wenn man bei der Berechnung der Mehreinnahmen auf die höheren Einnahmen aus den Abonnententypen, bezüglich deren noch nichts bekannt ist, verzichtet und wenn man die ungeheuerliche Forderung des ge-

nannten Verbandes um 50 Proz. kürzt und statt eines Mindesttarifs von 15 Pf. einen solchen von nur 12 1/2 Pf. zugrunde legt, so ergibt sich schon aus der Fahrpreissteigerung von 888 052 000 Personen um nur 2 1/2 Pf. eine Mehreinnahme von

9,65 Millionen Mark,

die sich bei genauerer Berechnung voraussichtlich noch wesentlich erhöhen wird. Berücksichtigt man ferner, daß auch bei den Tochtergesellschaften eine gleiche Tarifierhöhung stattfinden soll, so zeigt sich, daß es sich für die Gesellschaft schon verlohnt, zu solchem Ende alle Hebel anzulegen. Daß dann schließlich auch die Hochbahngesellschaft nicht fehlen und die Belastung der Berliner Bevölkerung dementsprechend noch größer werden würde, liegt auf der Hand.

Die Große Berliner Straßenbahn wagte es nun aber doch nicht, selber mit einer derartig das Erwerbaleben der breitesten Schichten berührenden Tarifierhöhung in die Öffentlichkeit zu treten. Sie schob die Allgemeine Omnibusgesellschaft vor, deren Großaktionär sie in Gesellschaft mit der Hochbahngesellschaft ist.

Die Omnibusgesellschaft hat durch den Krieg infolge des Mangels an Fahrzeugen, Betriebsstoff und Gummi sowie wegen der gestiegenen Futterpreise für die Pferde beträchtliche Einbuße erlitten. Es erscheint glaublich, daß sie bei dem Tarif von 5 Pf. für Teilstrecken zurzeit nicht in der Lage ist, ohne Verluste den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Omnibusgesellschaft hat aber wiederholt schwere Krisen durchgemacht und sich doch immer wieder davon erholt. Ihre Zukunftsaussichten sind gute und gesunde, wie den oben genannten Großaktionären des Unternehmens sicherlich am besten bekannt ist. Ist dem aber so, so muß die Omnibusgesellschaft die jetzige schwere Zeit ebenso wie früher zu überwinden suchen. Es wäre auch nichts dagegen einzuwenden gewesen, wenn die Omnibusgesellschaft sich an die beteiligten Gemeinden gewendet hätte — der Zweckverband ist gar nicht zuständig, da ihm nach dem Zweckvertragsgeheim nur die Regelung der Verhältnisse an öffentlichen, auf Schienen betriebenen Transportanstalten mit Ausnahme der Staatseisenbahn obliegt — nur gemeinsam mit diesen über Mittel zu beraten, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten herauszukommen. Aber diesen klaren und gegebenen Weg ist die Omnibusgesellschaft nicht gegangen, sondern sie wandte sich an den Verband und behauptet schändlich, daß ihr selbst eine Tarifierhöhung nur helfen könne, wenn auch den anderen Verkehrsunternehmen eine Tarifierhöhung zugebilligt würde! Das ist eben der Kluge Schachzug, den die Große Berliner Straßenbahn getan hat, um vielleicht auf diesem Umwege zu einer sehr bedeutenden Tarifierhöhung und damit zu einer ungeheuerlichen Mehreinnahme auf Kosten der Groß-Berliner Bevölkerung zu gelangen.

Von unseiner Vertretern im Berliner Rathause ist Duzende von Malen des näheren ausgeführt worden, daß die Große Berliner Straßenbahn ihre Nachstellung gegenüber den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins nur hat erbringen können, weil sie in geschicktester Weise von Beginn an den altrömischen Cäsarengrundsatz „Teile und herrsche“ zu üben verstanden hat. „Wer dieses bringt, wird manchem etwas bringen!“ Bei den nach wie vor divergierenden Interessen der einzelnen Gemeinden, bei dem an bestimmten Stellen vorhandenen Wunsch, dem Verbande eigene Einnahmen zu verschaffen, könnte das alte Spiel auch unter der Herrschaft des Verbandes wiederholt werden. Wenn wir auch nicht glauben können, daß die Verbandversammlung, die das letzte und entscheidende Wort in dieser Sache zu sprechen hat, die jetzige Kriegszeit und die geschickte Geschäftslage der Großen Berliner Straßenbahn als geeignete Momente für die gewünschte ungeheuerliche Tarifierhöhung ansehen wird, so hat die Große Berliner Bevölkerung, die die hohe Zehne zu zahlen haben würde, doch allen Grund, scharf aufzupassen und die Entwicklung dieser Angelegenheit mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Aus Groß-Berlin.

Die Durchführung der Massenmahlzeiten.

Zu Beratungen darüber, wie die Massenmahlzeiten durchzuführen sind, trat am Montag im Reichstagsgebäude eine Konferenz zusammen, die von der „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ in Gemeinschaft mit dem „Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ einberufen war. Die Beteiligung war außerordentlich stark: Behörden des Reiches und der größeren Bundesstaaten, zweihundert Städte und Gemeinden, sechzig Vereine und Körperschaften hatten Vertreter gesandt, denen sich viele Einzelpersonen zugesellten.

Der Vorsitzende, Staatsminister von Müller, hob hervor, daß die Einberufung dieser Konferenz im Endergebnis mit dem Kriegsernährungsamt erfolgt sei. Zu fragen habe man jetzt nicht, ob man Massenmahlzeiten veranstalten soll, sondern nur, wie sie sich durchführen lassen.

Das „Problem der Massenmahlzeiten“ beleuchtete in einem grundlegenden Referat Stadtrat a. D. Dr. Luther, Geschäftsführer des Deutschen und des Preussischen Städtetages. Zu den bisher bekannten Massenmahlzeiten der Kasernen, Krankenhäuser und sonstigen Anstalten sowie der Volksschulen, Schulküchen usw. sei jetzt die gemeinwirtschaftliche Massenmahlzeit gekommen. Die Beschaffung vieler Nahrungsmittel habe zu einer Gemeinwirtschaft geführt, die allerdings nur auf Vorratswirtschaft hinauslaufe. Der von der Massenmahlzeit zu erwartende Einfluß auf die Vorratswirtschaft werde kaum sehr groß sein. Jedenfalls dürfe man nicht mit Richard Calwer und anderen in der Massenmahlzeit die letzte Vollendung unseres gemeinwirtschaftlichen Systems sehen; sie sei weiter nichts als eine Hilfsmaßregel. Kindern könne die Massenmahlzeit den Nahrungsmittelverbrauch auch nur dann, wenn Nahrungsmittelarten angeschlossen, nur einfache Speisen zubereitet und alle Portionen restlos abgefressen werden. Redner betonte die von der Durchführung der Massenmahlzeiten zu erwartende Steigerung des sozialpolitischen Gedankens, der schon in Friedenszeiten auf diesem Gebiet sich betätigt habe. Der Kreis der Bedürftigen, denen geholfen werden müsse, sei jetzt viel größer. Dessen wolle man durch die Massenmahlzeiten auch den Frauen, die an Stelle der Männer erwerbstätig seien. Andererseits könne die Gefahr der Auflösung des Familienlebens an. Eine Rolle spiele auch das sozialpolitische oder triegopolitische Moment, daß die Massenmahlzeit der durch Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung hervorgerufenen Beängstigung weiter Volkskreise entgegenwirkt. Dazu sei freilich nötig, daß bei der Massenmahlzeit den Gemeinden jene Schwierigkeiten berrigert werden, damit nicht die ganze Einrichtung versage. Gegenüber ähnlichen Einrichtungen, die schon in Friedenszeiten bestanden, handle es sich doch um eine völlig neue Aufgabe, weil jetzt ein sehr viel größerer Teil der Bevölkerung versorgt werden müsse.

Es folgte ein Referat von Theod. Thomas, Frankfurt am Main über Einrichtung und Rechnungsführung der Volksschulen. Er forderte Bevorzugung der Massenmahlzeiten in Einrichtungen der der Nahrungsmittelbeschaffung. An Nahrungsmitteln fehle es nicht, nur die Verteilung lasse zu wünschen. Dem Magistrat von Frankfurt a. M. habe ein einziges Lebensmittelreferat Angebote von Waren für 22 Millionen Mark

gebracht. Zur Frage der Einrichtung der Volksschulen empfahl Redner, nicht zu große Küchen zu schaffen. Für Küchen in der Größe, wie Berlin sie plant, kann er sich nicht begeistern; Betriebe mit 2—3000 Portionen pro Tag hält er schon für groß genug. Geht es nicht, werden in sämtlichen Volksschulen das gleiche Essen, damit kein Unterschied gemacht werde.

Baronin von Münch sprach nach Erfahrungen, die sie in den Münchener Volksschulen gemacht hat, über „Wirtschaftsführung“. Sie betonte, daß die Deutschen in ihrem Geschmack so konservativ seien. Auch sie empfahl, in allen Küchen das gleiche Gericht herzustellen. Für die Leitung der Küchen forderte sie beruflich angestellte Personen.

An der Aussprache über die drei Referate beteiligten sich Vertreter der Gemeindebehörden von Berlin, Frankfurt a. M., Jülich, Hagen, Jost, Dortmund, Mülheim, Stade.

Stadtrat Döflein-Berlin verteidigte den Berliner Plan großer Küchen für 15—20 000 Portionen. Durch Angliederung mehrerer Ausgebüsten an jede Küche, aus denen die Speisen größtenteils abgeholt werden, lasse das Bedenken gegen so große Betriebe sich beseitigen. Döflein trat auch für Einziehung ehrenamtlich tätiger Personen ein, weil gerade dadurch viele Nachteile gegen die Massenmahlzeit bekämpft werden könnten. Auch einige der anderen Redner sprachen sich zugunsten der ehrenamtlichen Tätigkeit aus. Demgegenüber betonte Frau Reihner-Berlin, daß man hier Arbeitsgelegenheit für viele beruflich tätige Frauen haben könnte.

Mehrere Redner — Stadtschulrat Müller, Jülich, Oberbürgermeister Cunow-Hagen, Bürgermeister Grünbeck-Frankfurt, Stadtrat Bohm-Dortmund, Bürgermeister Fromholz-Stade — berichteten über Erfahrungen, die sie mit bereits eingerichteten Massenmahlzeiten gemacht haben. Fast alle sprachen sich dahin aus, daß in der Hauptsache an dem Prinzip der Abholung des Essens aus den Küchen festzuhalten sei.

Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Die Massenmahlzeit in Berlin.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Einwohner des um die Markthalle Wörther Straße gelegenen Stadtteils und zwar die Bewohner der zu den Brotkommissionen 85, 86, 88, 89, 90, 92 bis einschließlich 111, 112a, 112b, 113 bis einschließlich 118 gehörigen Straßen, welche an der Massenmahlzeit teilnehmen möchten, sich bei der für ihre Wohnung zuständigen Brotkommission heute Dienstag, den 4. oder Mittwoch, den 5. Juli, während der Geschäftsstunden der Brotkommission zu melden und hierbei die für die Teilnahme geltenden Fleischkarten vorzulegen haben. Im Innenteil unserer Sonntagsnummer sind die einzelnen Bezirke veröffentlicht, die für die erste Küche in Frage kommen.

Zur Vermeidung von Zweifeln wird noch ausdrücklich bemerkt, daß vom 10. Juli ab eine neue Kartoffelkarte gilt, die für jede Woche 8 Abchnitte enthält. Sie gelangt in den nächsten Tagen in die Hände der Bevölkerung. Bei der Anmeldung zur Teilnahme an der städtischen Massenmahlzeit für die erste Speisungswoche vom 10. bis 16. Juli ist deshalb am 8., 4., oder 5. Juli der Brotkommission nur die Fleischkarte vorzulegen, während die neue Kartoffelkarte am ersten Speisungstage in der Speisenausgebüste vorzulegen ist. Dem Teilnehmer werden bei Entnahme von ganzen Portionen von der Fleischkarte 1 1/2 Wochenabschnitte, von der Kartoffelkarte ein Wochenabschnitt, bei Entnahme von halben Portionen, von der Fleischkarte 3/4 Wochenabschnitte, von der Kartoffelkarte 2 Wochenabschnitte jede Woche zur freien Verfügung belassen.

Der Speisezettel der ersten Woche.

Die städtische Massenmahlzeit hat für den um die erste Zentralhalle Markt XIII, Treseowstr. 11 und Wörther Str. 45a gelegenen Stadtteil für die Speisungswoche vom 10. bis 16. Juli folgenden Speisezettel in Aussicht genommen:

Montag, den 10. Juli:	Wickelsteiner Fleisch.
Dienstag, den 11. Juli:	Brühreis mit Kartoffeln.
Mittwoch, den 12. Juli:	Erbsen mit Speck.
Donnerstag, den 13. Juli:	Fleisch mit Nudeln.
Freitag, den 14. Juli:	Grüne u. weiße Bohnen mit Kartoffeln.
Sonntag, den 15. Juli:	Kohlstrabi und Kartoffeln in Brühe.
Sonntag, den 16. Juli:	Gulasch und Kartoffeln.

Bereitung von Weizenbrot. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats wird für den Bezirk der Stadt Berlin angeordnet, daß bei der Bereitung von Weizenbrot vom 8. Juli ab an Stelle von Kartoffel auch Weizenkrot in derselben Menge wie Kartoffelmehl verwendet werden kann.

Magistratsfeier für 22 Pfennige. Der Magistrat hat gestern eine am Mittwoch, den 5. Juli, in Kraft tretende Verordnung erlassen, durch die der Preis für rote Gähnerer, die ausländischer Herkunft sind und durch die Verteilungsstelle des Magistrats in den Bezirken gebracht sind, im Kleinhandel 22 Pf. für das Stück nicht übersteigen darf. Als Kleinhandel gilt der Verkauf an den Verbraucher.

Ferienspiele für Gemeindeforschüler.

Vom 10. Juli bis einschließlich 12. August werden wieder werktäglich vormittags von 9 bis 12 und nachmittags von 3 bis 7 Uhr Bewegungsspiele für Gemeindeforschüler veranstaltet, und zwar auf den Spielplätzen: am Urban, an der Paul-Geshe-Strasse, an der einsamen Pappel, Biesenstr. 52/54, Bremer Str. 22/22, sowie auf dem Spielplatz an der Weisellstraße — zwischen Rordring und dem Verbindungskanal — ferner in den Höfen der Gemeindeforschüler Wasserortstr. 31, Reichsberger Str. 181/182, Schmidtstr. 33, Albinenstraße 77, Rigoer Str. 81/82, Kopenstr. 84, Zehdenider Str. 17/18, Danziger Str. 29a, Stralunder Str. 54, Bernauer Str. 89/90.

Außerdem werden vom 10. Juli bis 12. August d. J. auf den Spielplätzen außerhalb Berlins, und zwar im Steuermühlwald (auf dem Spielgelände des Ausschusses der vier Berliner Turnvereine), in Buch, Blankensfelde I und II, Wartenberg, Hohenschönhausen (Sommerstraße), im Plänterwald (Treppe) und in der Wuhlheide, werktäglich Ferienspiele für die Gemeindeforschüler abgehalten.

Die Bekleidung der Kinder nach den Außenspielplätzen erfolgt von Sammelstellen (Schulküchen) aus, die über das ganze Berliner Reichbild verteilt sind.

Zudrang zu den Heimstätten.

Einige Wochen nach Ausbruch des Krieges wurde in fünf von den sieben Heimstätten der Stadt Berlin der Betrieb eingestellt. Dieses Schicksal traf die Heimstätte Blankenburg für gesunde Frauen und für Frauen mit geschlossener Tuberkulose sowie für Wöchnerinnen, die Heimstätte Uffhüll-Blankenburg für gesunde Frauen und für Mädchen vom 12. Jahre ab, die Heimstätte Heinersdorf für Knaben im schulpflichtigen Alter und für Mädchen bis zum 12. Jahre, die Heimstätte Blankensfelde für lungenkranke Frauen, die Heimstätte Gütergog für gesunde Männer und für Männer mit geschlossener Tuberkulose. In Benutzung blieben nur die Heimstätte Markow für lungenkranke Frauen und für lungenkranke Mädchen vom sechsten Jahre ab und die Heimstätte Buch für lungenkranke Männer. Zwar schloß es keineswegs so sehr an Aufnahmebedürftigen und Aufnahme-suchenden, daß nicht eine Fortführung des Betriebes aller Heim-

fällen, wenn auch in geringererem Umfang, möglich gewesen wäre. Aber für den Magistrat gaben Ersparnisdrängungen den Ausschlag, was im Hinblick auf die Stimmung der ersten Kriegswochen vielleicht begreiflich war. Allerdings wäre wohl auch bei Kranken- und Armenpflege die Neigung, in dieser Zeit die Heimstätten in Anspruch zu nehmen, nicht groß gewesen. Später änderten sich wieder an den in Betracht kommenden Stellen die Ansichten über die Endbedürftigkeit oder Notwendigkeit der Heimstätten in der Kriegszeit. Es wurden dann drei der geschlossenen Heimstätten wieder eröffnet, Heinersdorf im Frühjahr 1915, Blankenfelde im Sommer 1915, Gättergog im Frühjahr 1916. Für Heinersdorf und Gättergog blieb es bei der früheren Zweckbestimmung, Blankenfelde aber bestimmte man bis auf weiteres den gemeinsamen Frauen und den Mädchen vom 12. Jahre ab. Im ganzen sind jetzt wieder fünf Heimstätten in Benutzung. Auch jedoch mit der Einschränkung, daß die Hälfte der Betten dem Militär überlassen ist. In diesem Sommer haben nun die Gesuche um Aufnahme sich bei einigen Heimstätten schon zeitig gemehrt, sehr viel früher als im vorigen Sommer, soweit damals Heimstätten geöffnet waren. Ende Juni dieses Jahres waren nun in Gättergog und in Wüch noch Betten frei, nachdem Wüch in den vorhergehenden Wochen bereits volle Belegung und mehrere Vormeldungen gehabt hatte. Volle Belegung und eine nicht geringe Zahl Vormeldungen hat auch Heinersdorf schon seit Mai, und auch durch die im Juni erfolgte Wehrung der Betten konnte dem jetzigen Bedarf nicht genügt werden. In Heinersdorf waren Ende Juni, nachdem die Bettenzahl erst kurz vorher von 72 auf 85 gesteigert worden war, schon wieder alle Betten belegt und noch 17 Ausnahmeführende vorgemeldet. Viel schlimmer aber liegen die Dinge in den Heimstätten Markow und Blankenfelde, die beide schon jetzt ganz außerordentlich viel Vormeldungen haben. Ende Juni dieses Jahres mußte Blankenfelde berichten, daß alle 78 Betten belegt und 156 Ausnahmeführende vorgemeldet waren. Im vorigen Jahre um dieselbe Zeit hatte Blankenfelde noch die Mehrzahl der Betten frei, weil damals eben erst die Wiedereröffnung erfolgt war. Markow hatte Ende Juni im vorigen Jahre bei Belegung aller 104 Betten 25 Vormeldungen, in diesem Jahre aber bei Belegung aller 104 Betten 199 Vormeldungen. Wie man sieht, haben besonders die beiden Heimstätten für Frauen jetzt einen starken Zubrhang.

Seinen schweren Verletzungen erlegen ist der 30jährige Offiziersstellvertreter Mag. Fuhrmann aus der Kuglerstr. 84, der am Freitag als eigener Schuld verunglückt war. Er hatte versucht, einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu besteigen. Dabei kam er zu Fall und geriet unter den Wagen, wobei ein Fuß abgefahren, der andere schwer verletzt wurde. Am Sonnabendabend ist er im Krankenhaus in Weihensee gestorben.

Von einem Militärauto überfahren und getötet wurde gestern nachmittag der 3 Jahre alte Knabe Herbert Rehlmann aus der Mühlentstraße 33b. Der Kleine versuchte vor dem Hause Nr. 29 den Fahrdamm zu überschreiten, als ein Militärauto in scharfem Tempo die Mühlentstraße heruntergefahren kam. Er geriet unter die Räder, bevor der Führer den Wagen zum Stehen bringen konnte. In bewußungslosem Zustande und schwer verletzt wurde der Kleine nach der Rettungsstelle in der Parkauer Straße gebracht, wo aber nur noch der bereits eingetretene Tod festgestellt werden konnte. Die Schuldfrage ist noch nicht aufgeklärt.

Einen guten Fang machten Polizei und Feuerwehr mit der Festnahme dreier Geldbrandbrecher Schwarowski, Wblisch und Krüger, die sich im Keller des Grundstücks Kochstraße 8 versteckt hatten. Die drei, die alle schon schwer vorbestraft sind, haben noch eine ganze Reihe anderer Einbrüche auf dem Kerbholz. So erbeuteten sie bei Schwarzlose in der Leipziger Straße 56-800 M. und verschiedene Waren und bei dem Optiker Ruhnke in der Wallstraße 1 außer einem größeren Geldbetrag goldene Füllungen und dergleichen. Dieser beiden Einbrüche konnten sie schon bestimmt überführt werden.

Aufgeklärt ist ein Vorgang, den der Polizeibericht am Freitag voriger Woche meldete. In der Nacht zum Freitag spazierte ein junges Paar am Schöneberger Ufer auf und ab. Wblisch brachte die Dame die Unterhaltung mit dem jungen Herrn ab, sprang in den Landwehrkanal und ging unter. Der junge Mann konnte sie nicht mehr retten, stieg wieder aus Ufer und fuhr mit einer Kraftdroschke davon, nachdem er zu den Leuten, die sich ansammelten, gesagt hatte, daß er Leutnant W. sei. Wie wir erfahren, ist die ertrunkene Dame eine Schauspielerin Frau D., die seit längerer Zeit in einem Pensionat in der Regendurger Straße wohnte und am Theater am Kolonnenplatz beschäftigt war. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der letzten Nacht in der Landsberger Allee zu tun, wo in der Laubensolonie Grünland Feuer ausgebrochen war. Bei der Löschung sind leider den Kolonisten eine Menge Früchte verdorben. — Ein kleiner Fabrikbrand mußte Schmedder Str. 35a gelöscht werden. — Täglich müssen Dienstschwärme von der Wehr eingezogen werden. Würde die Wehr sie behalten, hätte sie bald einen der größten Bienenstände der Welt. Da es in Berlin an Linden, Akazien usw. nicht mangelt, könnte die Wehr jährlich eine Menge des besten Honigs sammeln.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Kolonialwarenverkauf in Lichtenberg.

Der Magistrat macht bekannt, daß in den durch rote Anschläge als amtliche Verkaufsstellen gekennzeichneten Kolonialwarengeschäften und in der städtischen Lebensmittelhalle Kronprinzenstraße, Ecke Frankfurter Allee, in nächster Zeit folgende Lebensmittel zum Verkauf gelangen werden:

Erbisen und Bohnen 1/2 Kilogr. zu 50 Pf., Weizen Grieß 1/2 Kilogr. zu 45 Pf., Maisgrieß 1/2 Kilogr. zu 45 Pf., Graupen und Erbsen 1/2 Kilogr. zu 35 Pf., Kalao 1/2 Kilogr. zu 4.40 M., Kaffee-Ersatzmischung (20 Proz. Naturkaffee) 1/2 Kilogr. zu 1.80 M., Holländer Kondaläse (bester Vollfettkäse) 1/2 Kilogr. zu 2.40 M.

Die Abgabe von Hülsenfrüchten (Erbisen und Bohnen), Weizen Grieß, Maisgrieß, Graupen und Erbsen erfolgt bis auf weiteres gegen Vorzeigung der sogenannten Lebensmittelkarte (der alten Lichtenberger Fleischkarte).

Auf den Abschnitt 9 wird 1/4 Pfund Bohnen oder Erbsen, auf den Abschnitt 10 1/4 Pfund Weizen Grieß und 1/4 Pfund Maisgrieß und auf den Abschnitt 11 1/4 Pfund Graupen oder Erbsen verkauft.

Die Händler sind verpflichtet, beim Verkauf die bestimmten Abschnitte der Lebensmittelkarte abzutrennen.

Stadtverordnetenversammlung in Köpenick.

In der letzten Sitzung am Freitag, den 30. Juni, wurde beschlossen, für die Gemeindevahlen im Herbst dieses Jahres die letzte Liste von 1914 zur Anwendung zu bringen; die neuzugezogenen Bürger können ihr Wahlrecht in ihrem alten Wohnsitz ausüben. Da infolge der Kriegszeit die Bürgerliste in immer mehr steigendem Maße in Anspruch genommen wird, so hat die Verwaltung an den Magistrat den Antrag auf Gewährung eines städtischen Zuschusses gestellt. Es wurden monatlich 500 M. bewilligt. Zurzeit werden täglich 350 Portionen zu 15 Pf. abgegeben. Zur Unterstützung der Feiernspiele wurde dem leitenden Komitee 200 M. bewilligt. Auf Antrag unserer Genossen wurde das Gehalt der städtischen Arbeiter um Erhöhung der bestehenden Feuerungszulage auf die Tagesordnung gesetzt und nach einer kurzen Begründung durch Genossen

Blum dem Ausschuss für Besoldungsfragen überwiesen. Ferner wurde von unseren Vertretern die Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob er bereit wäre, über den Stand der Textilarbeitersfürsorge Auskunft zu geben, was von dem Bürgermeister Dr. Langerhans bejaht wurde. Genosse Stülmer begründete die Anfrage und verwies auf die gesetzlichen Bestimmungen und die Verpflichtungen der Gemeinden gegenüber den durch die Produktions-einschränkungen arbeitslos gewordenen Textil- und Konfektionsarbeitern. Dr. Langerhans entgegnete, daß der Magistrat zunächst etwas zögernd an diese Frage herangetreten sei, da die Bestimmungen mehr auf die Textilorte angewendet werden können. Da aber doch eine größere Anzahl von Arbeitern dieser Industrie ihren Wohnsitz in Köpenick haben, so habe sich der Magistrat entschlossen, diese Unterstützung auch für Köpenick einzuführen. In der nächsten Sitzung des Magistrats werde bereits eine Vorlage zur Beratung stehen. Der Kreis Teltow habe auch ein Zwölftel der Unterstützung übernommen, so daß für die Stadt nur ein Zwölftel in Frage läme.

Massenpeisung in Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde der Genosse Hermann Braun, der bereits dem Ausschuss für das Fortbildungsschulwesen angehört, auch in die Schuldeputation gewählt. Ferner machte sich die Einsetzung einer Kommission für die Fleischversorgung notwendig. Um auch die ärmere Bevölkerung mit billiger Nahrung zu versehen, wurde die Errichtung einer Kesselfläche für Massenpeisung beschlossen. Man hofft, eine nahrhafte und schmackhafte Mittagsportion für 40 Pf. abgeben zu können. Seit einigen Monaten hat die Gemeinde für die Gasanstalt eine Fabrikfläche eingerichtet, in welcher die dort beschäftigten Gefangenen verpflegt werden. Während sich die frühere Verpflegung auf 2,50 M. pro Kopf und Tag stellte, sind auch hier die Kosten auf circa 1,20 M. heruntergegangen, und zwar nicht etwa auf Kosten der Güte und Menge der Speisen. Einige andere Arbeiter der Gasanstalt ersuchten ebenfalls, an den Mahlzeiten teilnehmen zu können. In die Kommission für Massenpeisung wurde auch Genosse Otto Barth gewählt.

Stadtverordnetenversammlung in Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der bisherige Rath Herr de Martincourt einstimmig auf weitere sechs Jahre zum Rath Herrn wiedergewählt. — Ferner wurde für den am 12. August 1916 aus dem Amte scheidenden Bürgermeister Behold, der 86 Jahre im Amte war, der Bürgermeister Dr. Gerike aus Uckermünde mit 15 gegen die 7 Stimmen unserer Genossen als Bürgermeister gewählt. Von 145 Bewerbern standen vier zur engeren Wahl. Unsere Genossen gaben ihre Stimme dem Bürgerlichen Dr. Krug aus Drossen, der als einziger Kandidat ein kommunales Programm für die zukünftige Entwicklung der Stadt entworfen hatte.

Berichtszeitung.

Schließen die Höchstpreise die Lieferungsgebühr ein?

Zu dieser Frage hat jetzt das Kammergericht als höchste preussische Instanz grundsätzlich Stellung genommen.

Die Höchstpreisverordnung des Potsdamer Magistrats vom 18. Oktober 1915 hatte für die Abgabe von Milch an Wiederverkäufer den Höchstpreis auf 24 Pf. pro Liter festgesetzt. Der Großhändler Pawlowitz teilte nun seinen Kunden, die von ihm Milch zum Weiterverkauf einnahmen, am 5. Februar 1916 mit, daß er vom 7. Februar ab ihnen die Milch im Falle der Anlieferung nur noch für 25 Pf. pro Liter abgeben könne, während sie im Falle der Abholung nur den Höchstpreis von 24 Pf. zu zahlen brauchten. Den Mehrbetrag von einem Pfennig bei Anlieferung wollte er als Lieferungsgebühr erheben, um die durch die Anlieferung entstehenden Unkosten zu decken. Das Landgericht verurteilte ihn wegen des Verlangens der Lieferungsgebühr neben dem Höchstpreis wegen Überschreitung der Höchstpreise zu einer Geldstrafe von 200 M. Es ging von der Feststellung aus, daß vor Festsetzung des Höchstpreises für Milch von den Großhändlern neben den damals vereinbarten Preisen keine besondere Lieferungsgebühr erhoben worden war. Unter diesen Umständen umfasse der festgesetzte Höchstpreis auch Nebenleistungen wie die Zufuhr der Milch, ohne daß dies die Höchstpreisverordnung des Magistrats vom Oktober 1915 besonders ausdrücken brauchte. Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Soweit eine Höchstpreisverordnung besondere Bestimmungen darüber nicht trifft, welche Nebenleistungen vom Höchstpreise ausgeschlossen sein sollen, wäre davon auszugehen, daß unter den festgesetzten Höchstpreisen alle die Leistungen fielen, die vor dem Erlaß der Höchstpreise ohne besonderes Entgelt, also für den vereinbarten Warenpreis, handelsüblich waren. Es wäre dann zu fragen: Was leistete der Gewerbetreibende vor der Höchstpreisfestsetzung für die von ihm geforderten Preise? Das falle dann unter der erwähnten Voraussetzung unter den Höchstpreis. Deshalb sei auf Grund der Feststellungen des Landgerichts der Angeklagte mit Recht verurteilt worden. Daß es auf anderen Gebieten Höchstpreisverordnungen gebe, die hinsichtlich gewisser Nebenleistungen eine besondere Vorsorge trafen, im Gegensatz zu der vorliegenden, wäre natürlich nach dem Ausgeführten für den zur Entscheidung stehenden Fall gleichgültig.

Nahrungsmittelinserate besonderer Art.

Als höchst unzuverlässige Händler mit Nahrungsmitteln standen gestern der Maurer Josef Matelewski und dessen Ehefrau Wladislawa Matelewski vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwärke. Der hier verhandelte Fall ist typisch für die Art, wie durch alle möglichen Leute, die sich als Wurst- und Fleischwarenhändler etablieren, gerade minder bemittelte Klassen der Bevölkerung geschädigt werden.

Als der Angeklagte in seinem Maurerberuf beschäftigungslos wurde, kam er mit seiner Frau auf den Gedanken, daß diese sich als Nahrungsmittelhändlerin betätigen solle. Beide eröffneten dann auch einen solchen Betrieb in ihrer Privatwohnung und lockten Kunden durch Inserate an, durch deren Fassung ärmere Frauen zu der Meinung kamen, daß sie in diesem Privathandel besonders billig und gütig kaufen könnten. Zwei Frauen kauften bei ihnen und sind bei diesem Kauf gründlich herein gefallen. Jede von ihnen erhielt ein Pfund ausgelassenen Rindertalg zu einem Preise, der sogar den festgesetzten Höchstpreis überstieg. Kaum waren die Frauen mit ihrer Ware auf die Straße gekommen, als sie einen penetranten Gestank wahrnahmen, der, wie sie feststellten, von dem gekauften Talg herrührte, der ganz grün ausfiel. Sie gingen damit auf das Polizeirevier und erhielten nach der Behauptung der einen Zeugin dort von dem Wachtmeister noch die wenig lebenswürdige Antwort: Das ginge ihn gar nichts an; sie sollen sich nur mit der Ware nach dem Untersuchungsamt begeben. Sie zogen aber vor, zu den Angeklagten zurückzukehren und diese zur Zurücknahme des Rindertalgs zu bewegen. Auch Rettowurst ist verkauft worden, wobei die Angeklagten gesagt haben sollen: Die Wurstwurst schmeckt gut, sie könne zweckmäßig in Kartoffelsuppe geschmeckt und auch in Gemüse gesteckt werden. Der Mann der einen Käuferin hat sich nach dem Genuss der Wurst sofort übergeben und in seiner Empörung seiner Frau sogar eine Ohrfeige versetzt. In einem anderen Falle hat eine Frau Punkte von den Angeklagten Speisefett gekauft, das sie zu Brotartoffeln verwendete. Nach deren Genuss sind die Kinder der Zeugin krank geworden und sie selbst hat einen erheblichen Ausschlag im Gesicht erhalten. Es ist festgestellt worden, daß das angebotene Speisefett in Wahrheit Fett war, das die Angeklagten von einer Konervenfabrik für technische Zwecke gekauft hatten. Die Angeklagten haben sich somit nicht nur des Vergehens gegen die Verordnung vom 28. Oktober 1915 betr. das Verbot des Verkaufs von Fleisch an den Dien-

tagen und Freitagen, sondern auch gegen die Höchstpreis-Verordnung und das Nahrungsmittelgesetz schuldig gemacht. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Ehemann 8 Monate und 2 Wochen Gefängnis, gegen die Ehefrau 3 Monate Gefängnis und 350 M. Geldstrafe. Das Gericht beurteilte den Ehemann zu einem Jahre, die Ehefrau zu 9 Monaten Gefängnis, beide auch zu 700 M. Geldstrafe event. 70 Tage Gefängnis.

Milchpantferei.

Milchpantfereien in ganz erheblichem Umfang fielen dem Volkereibesitzer Czesla und dessen Ehefrau aus Spandau zur Last, die gestern unter der Auflage der Nahrungsmittelverfälschung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III standen.

Die Angeklagten besitzen eine Milchpantferei, in welcher dauernd 25 bis 26 Kühe gemolken werden. Die Weisenaufnahme ergab, daß schon seit dem Jahre 1913 in dem Betriebe der Angeklagten starke Verwässerungen der Milch genossenschaftsmäßig vorgenommen worden sind. Die Sache hat erst verhältnismäßig spät zur Erhebung einer Anklage führen können, da bezüglich der Täterschaft bisher eine feste Grundlage nicht gefunden werden konnte. Die Angeklagten hatten es verstanden, die Schuld auf die bei ihnen beschäftigten Schweizer abzuwälzen. Tatsächlich sind die Wasserversäuerungen in den Kühlräumen vorgenommen worden, und zwar sind 1913 etwa 10 Proz. zugefügt worden, die Menge erhöhte sich im Jahre 1915 auf 20 Liter für 85 Liter und im Jahre 1916 auf 33 1/2 Proz. Der Angeklagte gab zu, in zwei Fällen Wasser hinzugefügt zu haben, da er durch das plötzliche Abziehen zweier Kühe in eine vorübergehende Verlegenheit geraten sei. Das Spandauer Schöffengericht hatte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis und 600 M. Geldstrafe, die Ehefrau zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten sowohl die Angeklagten als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Der Versuch des Angeklagten, wiederum die Schuld auf die Schweizer zu schieben, drang nicht durch, vielmehr wurde festgestellt, daß die Kühlräume angänglich vor dem Zutritt der Schweizer bewahrt worden waren und sich in diesen Räumen eine geheimnisvolle Tätigkeit entwickelt hatte. Nach Anhörung des Sachverständigen, Chemikers Dr. Haier, hielt die Strafkammer das erste Urteil nicht für ausweisend, da hier in jedem Falle Weise aus Dabjud die Milch, die ein Hauptnahrungsmittel für Kinder darstellt, verfälscht und verwässert Milch als Vollmilch verkauft worden sei. Die Strafe wurde gegen den Ehemann auf zwei Monate Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe, gegen die Ehefrau auf 1000 M. Geldstrafe erhöht.

Aus aller Welt.

Er will durchhalten.

Die Nahrung, sparsam mit dem Lebensmitteln umzugehen, um mit den vorhandenen „Durchhalten“ zu können, ist ja nun gerade oft genug an die Bevölkerung ergangen. Manchem, der diese Nahrung reichlich ergehen läßt, fällt es aber doch schwer, Theorie und Praxis in Einklang zu bringen, wenigstens soweit die eigene Person dabei in Frage kommt. Der Inhaber eines Logierhauses in Schreiberhau (Riesengebirge) erhielt vor einigen Tagen von einem Herrn aus Charlottenburg (nach Ausweis des Adreßbuches handelt es sich um einen Stadtsekretär) eine Postkarte, deren Inhalt lautet:

„Ehe ich mich als dringend Erholungsbedürftiger entschieße, eine an Zufuhr arme Gebirgsgegend als Erholungsort aufzusuchen, bitte ich noch um weitere gest. Mittheilung. Ich möchte dabei vorausschicken, daß sowohl ich als meine Frau aus Gesundheitsrücksichten vielerlei nicht essen, wie z. B. alle Kohlarten (auschließlich Kohlrabi, Grünkohl, Spinat), daß wir morgens Kalao oder gute Schokolade, in reiner Milch gelöst, genießen möchten, daß wir sogenannten russischen oder chinesischen Tee nicht trinken (zu Hause trinken wir Brombeerdblätter mit Waldmeister-Zusatz), daß wir in Berlin Sahne (dänische) erhalten haben. Es könnte die Befürchtung aufkommen, daß wir während unseres Aufenthalts in einer Gebirgsgegend weniger angemessen leben könnten als hier in Berlin. Ich gestatte mir, folgende Fragen noch zu stellen: Ist gute rohe Milch zu erhalten (Sahne gibt es wohl nicht)? Können frische Eier gegen Bezahlung jedweder Verabfolgung werden? Kann man darauf rechnen, daß Fleisch als Delikat (Schinken, Wurst, Aufschnitt) abends regelmäßig geliefert werden kann? Wie oft wird in der Woche vegetarisch gegessen? (Erbitte Speisefolge der letzten Tage.)“

Hochachtungsvoll Mag. Größ, Charlottenburg, Großmannstr. 63.“

Der „Vote aus dem Riesengebirge“ meint hierzu: „Ähere Ausführungen zu dieser Karte sind wohl überflüssig. Nur eine Frage drängt sich noch auf: Bekommt denn dieser Herr in Berlin jeden Tag Fleisch als Delikat? — Nein, Fremde mit solchen Ansprüchen können wir in diesem Kriegsjahre hier nicht gebrauchen. Auch jene nicht, welche uns hier die Preise unnötig verteuern. Viele Sommerfrüher machen regelrechte Raubzüge in die kleinen Wirtschaften und zahlen dort jeden Preis, oft viel mehr als der Erzeuger verlangt, ohne zu bedenken, daß sich in vielen Fällen beide Teile durch Ueberfretung der Höchstpreise strafbar machen. Nun ist die Verantwortlichkeit der Erzeuger wäherlich schon groß genug — wenn sie künstlich auf diese Weise noch weiter gesteigert wird, so braucht sich gerade der Sommerfrüher nicht zu wundern, wenn er in späteren Friedensjahren im Riesengebirge Preise findet, daß ihm die Augen übergehen.“

Wir wollen gar nicht in Abrede stellen, daß der Schreiber obiger Postkarte erholungsbedürftig ist. Andere Leute sind es auch. Wie stellt sich aber Herr Größ als „Durchhalten“ vor, wenn jeder noch die Ansprüche an die Ernährung stellt wie er? Er zahlt vielleicht jeden Preis für Lebensmittel, wenn er sie nur bekommt. Die Folgen sind die vom „Vote aus dem Riesengebirge“ geschilderten. Wenn wir schon durchhalten sollen, dann, bitte, alle Volksschichten, ob arm, ob reich, unter gleichem Verzicht auf die gewohnten Genüsse.

Von den Kriegsgefangenen in Rußland.

In Rußland beabsichtigen, wie die Zeitung „Dien“ mitteilt, viele Semstwo eine Organisation von fliegenden Arbeiterkolonnen für landwirtschaftliche Arbeiten zu bilden. Diese Kolonnen sollen aus Kriegsgefangenen bestehen, die mit Sämaschinen, Dreschmaschinen und andern landwirtschaftlichen Geräten ausgerüstet werden. An der Spitze dieser Kolonnen stehen angeblich Landwirtschaftslehrer oder Monteurs. Durch diese Kolonnen soll dem Mangel an Arbeitern nicht nur auf den Bauerntütern, sondern auch auf den größeren Gutswirtschaften abgeholfen werden. Der Lohn eines jeden Kriegsgefangenen ist angeblich auf 15 Rubel monatlich festgesetzt.

Durch eine Granate gerettet.

Ein festerer Fall dürfte es sein, daß einem Soldaten durch eine Granate nicht das Leben genommen, sondern gerettet wird. Wie mehrere Blätter melden, geriet der Sohn des Polizeioberwachtmeisters Fahrenbacher in Landshut in den Kämpfen um Waig in einen Sumpf. Trotz aller Anstrengungen sank er immer tiefer ein und hatte nach zwei Stunden jede Hoffnung aufgegeben. Da schlug in nächster Nähe eine feindliche Granate ein, die ihn samt dem Schlamm hinaus schleuderte. Er verlor das Bewußtsein, wurde aber bald gefunden und in ein Lazarett gebracht. Er hat nur an der Hand eine unerhebliche Verletzung davongetragen. (2)

Ein Millionenbetrug. Wie aus Mailand gemeldet wird, ist der Großindustrielle Enrico Veroli in Genua wegen Unterschlagung und Wechselgefälschungen in Gesamthöhe von 2 1/2 Millionen Lire verhaftet worden.

Parteiveranstaltungen.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 5. Juli, abends 9 Uhr, in der Restauration Schilling, Lauenburger Str. 21, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu der am 9. Juli stattfindenden Kreisgeneralversammlung.

Oberschöneweide. Dienstag, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Köpplitz, Rathausstr. 10. Vortrag des Genossen Adolff Hoffmann.

Wilmersdorf. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet nicht bei Jäger, sondern bei Lehmann, Wilmersdorfstr. 1, statt.

Eingegangene Druckschriften.

Liebe kleine Mama. Von Otto Erich Hartleben. 1. B., in 2 Bänden 1,25 M. — **Der Wiederbau der Provinz.** Von A. Bradmann. Ostpreussische Kriegshefte. Viertes Heft. Preis 1 M. — **Totenfeier.** Von Hans Reiffers. Geb. 1 M., geb. 1,50 M. Verlag S. Fischer, Berlin.

Die deutsche Einheitsfrage. Von J. Leub. Herausgegeben vom Deutschen Lehrerverein. Geb. 1 M. Verlag Julius Klünker, Leipzig.

Gesch über die Unterführung von Familien in den Dienst eingezogener Mannschaften. Von Otto Pfeiffenberger. Preis 3,20 M. — **Das Militärhinterbliebenengesetz** vom 17. Mai 1907. Von Otto Pfeiffenberger. Preis 4,50 M. Verlag J. Neumann, Neudamm.

Katzen für Angehörige von Geisteskranken. Von Dr. J. Engel. Preis brosch. 1 M. Verlag Karl Morhold, Halle a. S.

Weltpolitik und Finanzpolitik. Von Dr. Adolf Brahm. Preis brosch. 50 Pf. Verlagshaus 'Politik' G. m. b. H., Berlin W. 57.

Vom jüdischen Mittelstand. Beiträge zur Kritik des jüdischen Landwerts. Preis 80 Pf. Verlag Dr. Borch u. Co. G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf.

Verordnungen der Städtischen Behörden zu Frankfurt a. M. über die Lebensmittelversorgung. Zusammengefasst von R. Richter. 2 B. J. B. Kuffner, Frankfurt a. M.

Der Jude. Heft 3. Monatsheft, herausgegeben von Dr. M. Duber. Jahrg. 10. R. R. Kuntz, Berlin N. 37.

E. W. S. Wölfe. Von Korallenkapitän Burggraf Graf zu Dohna-Schlodien. 1 B., geb. 2 M. R. A. Berthel, Gotha.

Illustrierte Geschichte des Weltkrieges 1914/16. Heft 88 bis 90. Jede Woche ein Heft. 25 Pf. Union, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Stadtkr. 2, 17. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufschlag und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. R. 4. Durchfall. — **J. J. 100.** Auskunft erhalten Sie auf den Postanfragen, wenn Sie in unserer Redaktion die Bestimmungen einsehen. — **M. 14.** Anfrage richten an Arbeiter-Baifer-Verein, Berlin-Groß-Berlin, A. Selchow, Nischenberg, Döbeline 16. — **M. R. 30.** Besuchen Sie sich an Herrn G. Gottschall, Berlin-Pantow, Döbeline 22D. — **M. R. 111.** Pension, ohne Charge. — **M. R. 22.** Es besteht kein rechtlicher Anspruch auf Urlaub. Nach einer Befähigung des Kriegsmilitärs soll allen Kriegern, besonders den älteren und verheirateten, die ein Jahr im Felde stehen, ein Heimaturlaub gewährt werden, soweit es der Dienst nur irgend zulässt. — **J. 100.** Die Gemeindefinanzverwaltung müssen Sie für die angegebene Zeit zahlen. — **H. 30.** Der Sohn erhält nach Ihren Angaben ja die Reichsunterstützung. Anspruch auf Gemeindefinanzverwaltung können Sie in diesem Fall nicht erheben. — **C. G. 15.** 1. Sie haben keinen Anspruch auf Steuerbeihilfe. 2. Die Steuerrente beträgt 400 M. jährlich, die Waisenrente für jedes Kind 168 M. jährlich. — **H. D. 100.** Wenn Sie das Klavier fortlassen, machen Sie sich strafbar. — **Gl. 49.** Herzkrank. — **H. S. 1.** Nein, denn Sie sind noch dem Sinne des Krankenversicherungsgesetzes nicht mehr erwerbsfähig. — **C. M. 22.** Sie können die erforderlichen Marken nicht nachgeben; übrigens können Sie neben der Invalidenrente nicht die Altersrente beziehen. — **Annemarie 100.** Sie mühten erst durch Klage beim Amtsgericht das Recht erworben, von Ihrem Manne getrennt zu leben.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Warm und zeitweise heiter, jedoch nachhergehend mäßig und besonders im Süden weit verbreitete Gewitterregen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher
Wilhelm Berner
Beußelstr. 48
am 1. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 5. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Deland's Kirchhofes, Plöschensee, aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
119/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer
Emil Drost
Weihenfer, Gäßelstr. 46, im Alter von 29 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Sonntag, den 2. Juli, auf dem Weihenferer Gemeinde-Friedhof statt.
88/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Wickelmacherin
Helene Riebow
im Alter von 50 Jahren plötzlich an Herzschlag verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Weihenfer, Rölkestraße, aus statt.
Ruhe sanft!
187/6 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am 25. Juni 1916 verstarb unsere Kollegin
Emma Korsch
bei ihren Eltern in Belgard.
Wir werden der Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Gesamtverwalter
der Konsum-Genossenschaft
Berlin und Umgegend.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse

für Textilarbeiter usw.
Oertliche Verwaltung Berlin.
Am 28. Juni verstarb unser Mitglied, der Wirker
Paul Uhlemann.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am Montag nachmittags auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde stattgefunden.
erner verstarb unser Mitglied
Hermann Dübel
im Alter von 79 Jahren ebenfalls am 28. Juni.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat insofern stattgefunden.
190/6 Die Verwaltung.

Nachruf.

Am 1. Juli früh erkrankte sanft nach langem schwerem Leben mein herzgebender Mann, der Schriftsetzer
Karl Kreyce
im Alter von 55 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3 Uhr von der Halle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstr., aus statt.
Berlin, den 3. Juli 1916.
Schiffstraße 14.
Im Namen der Hinterbliebenen
Otilie Kreyce.

Nachruf.

Am Sonnabend, den 1. Juli, starb infolge Herzschlages meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin
Helene Riebow
im Alter von 50 Jahren.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 4. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Georgen-Friedhofes in Weihenfer, Rölkestraße, aus statt. 135/1
Die trauernden Hinterbliebenen
H. Riebow und Kinder.

Nachruf.

Bei den Kämpfen am 15. Juni 1916 nahm 69 wurde von einer Handgranate getötet unser lieber, hoffnungsvoller Sohn und Bruder
Erich Gräber
(Rüßler-Regt. 35, 2. Komp.)
im 30. Lebensjahr. 897/6
In tiefer Trauer
Fritz Gräber und Frau
nebst Geschwistern,
Berlin SO, Rathborstraße 8.

Danfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers

Paul Fink

lagen mir allen, insbesondere dem Genossen R. Rüter für die tröstlichen Worte am Grabe, sowie dem Schöneberger Frauenchor unseren herzlichsten Dank. 17/1
Die trauernde Witwe nebst Kindern

Kranzspenden

sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 88, Tel. Bsp. 7203.

Kranz- u. Blumenspenden

schnell und billig. **Turmstraße 56 Dabers** Noabit 6134.



Salem Aleikum
(Mohnmundstück)
Salem Gold
(Goldmundstück)
Zigaretten.
Etwas für Sie!
Preis: NI 3/4 4 5 6 8 10
4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück
einschließlich Kriegsaufschlag.
Orient Tabak- u. Cigarettenfabr. Veridze Dresden
Joh. Hugo Zitz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen.
Trustfrei!

HERMANN

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Leipzigerstrasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Herren-Artikel

Sportkragen	weich, verschiedene Formen	60, 75, 95 Pf.
Sportheimden	weiss, mit Schillerkragen	3 75 5 90
Oberrhemd	farbig	6 50
Selbstbinder	offene Form	75, 95 Pf. 1 90
Hosenträger	kräftiges Quertband	95 Pf. 1 25 1 40
Vorhemd	weich, Pique u. Battist	1 25

Herren- u. Kinderhüte

Herren-Basthüte	Klappform	95 Pf. 1 90 2 25
Herren-Rundhüte	verschiedene Ge- schichte	2 25 4 50 2 90
Kinderhüte	Stroh- u. Mäntel- form	95 Pf. 1 90 2 25
Kinderhüte	Klappform, Bast und Stroh	1 45 2 25 2 50

Damen-Handschuhe

Damen-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, 3 Druckknöpfe	75 Pf.
Damen-Handschuhe	Waschleder-Nachahmung, gelb	
Herren-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, mit Druckknöpfen	95 Pf.
Damen-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, 3 Druckknöpfe	
Damen-Handschuhe	Garn-Perfekt, 3 Druck- knöpfe	1 25
Herren-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, Druckknöpfe	
Damen-Handschuhe	Seide, Perfekt, 3 Druck- knöpfe	1 45
Damen-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, gut waschbare Qualität, gelb	
Damen-Handschuhe	Seide, glatt, 3 Druck- knöpfe	1 55
Damen-Handschuhe	Halbseide, 3 Druck- knöpfe	
Herren-Handschuhe	Leinen-Nachahmung, Druckknöpfe	55 Pf.
Stoffhandschuhe	für Damen u. Herren, mit Druckknöpfen	

Trikotagen

Damen-Hemdchen	Baumwolle, weiss, gestriekt	38, 70 Pf.
Damen-Hemdchen	Baumwolle, weiss, gestriekt	1 75 2 25
Dam.-Schlupfhöschen	Baumwolle, in schwarz und farbig	1 90 2 25
Herren-Netzjacken	Baumwolle, natur- farben	60, 70 Pf.
Herren-Hemden	Baumwolle, mako- farbig	4 00 4 25
Herren-Hosen	Baumwolle, mako- farbig	3 10 3 25
Trikot-Badeanzüge	Baumw., schwarz, für Damen u. Herr.	1 00 bis 1 60
Damen-Sportjacken	gestriekt, in vielen Farben	7 75 10 50

Schürzen

Battist-Schürzen		95 Pf. 1 25 1 45
Tändelschürzen	mit Trägern, aus ge- musterten Stoffen	95 Pf. 1 75
Blusenschürzen	Gingang	2 45 2 70 3 50
Kinderschürzen	Battist und Sticker- verzierung, 45 bis 80 cm	1 45 bis 2 50

Nur Dienstag
soweit Vorrat

Lebensmittel

*Fische nur Leipziger Str.
und Alexanderplatz

Räucherwaren

Ahlf. Riesenflundern	1/2 Pfund	85 Pf.
Schellfisch geräuchert	1/2 Pfund	58 Pf.
Ger. Aale	1/2 Pfund von	1 90 an
Gr. Makrelen	Stück	45 Pf.
Oelsardinen	Dose	88 Pf.
Sardinen in Tomaten	Dose	85 Pf.
Sardellenfilets	Dose	65 Pf. 1 00 1 50
Makrelen in Gelee	2-Pfund-Dose	2 50
Lachs gekocht	1-Pfund-Dose	2 75
Bismarckheringe	4-Liter-Dose	6 00

Obst und Gemüse

Blaubeeren	Pfund	42 Pf.
Kirschen	Pfund	35 Pf.
Erdbeeren	Pfund	60 Pf.
Johannisbeeren	Pfund	35 Pf.
Zitronen	Dtzd.	40, 50, 60 Pf.
Weisskohl	Pfund	20 Pf.
Wirsingkohl	Pfund	20 Pf.
Kohlrabi	Pfund	12 Pf.
Mohrrüben	Pfund	15 Pf.
Tomaten	Pfund	70 Pf.
Saubohnen	Pfund	25 Pf.
Blumenkohl Kopf		35, 50, 70 Pf.
Zwiebeln grosse	4 Stück	10 Pf.
Gurken	Pfund	22 Pf.

Fische

Lebende Aale	Pfund	1 90 2 50 3 50
Leb. Heidelberg. Forellen	Pfund	3 80
Jütland-Schellfisch	Pfund	65 Pf.
Jütland-Kabeljau l. ganz.	Pfund	80 Pf.
Rotzungen	Pfund	90 Pf.
Rochen	Pfund	40 Pf.
FrISCHE Bleifische	Pfund	50 Pf.
Dorsch	Pfund	60 Pf.
Schollen	Pfund	35 Pf.
Frischer Lachs im ganzen	Pfd.	3 90